

Stadtparlament

Wortprotokoll

26. Sitzung der Legislatur 2015-2019

Dienstag, 4. Dezember 2018, 18.00 Uhr, im Seeparksaal

Vorsitz: Parlamentspräsident Riquet Heller, FDP/XMV

Anwesend Stadtparlament: 27 Mitglieder

Entschuldigt: Neuber Reto, CVP/EVP
Schwarz Urs, SP-Gewerkschaften-Juso
Stadler Cyrill, FDP/XMV

Anwesend Stadtrat: Balg Andreas, FDP
Brühwiler Konrad, SVP
Gubser Peter, SP-Gewerkschaften-Juso
Hug Patrick, CVP
Züllig Hans Ulrich, FDP

Protokoll: Holenstein Nadja, Parlamentssekretärin

Traktanden

- 26/1. Mitteilungen
Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro
 - 26/2. Budget 2019
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung
 - 26/3. Fragerunde
 - 26/4. Informationen aus dem Stadtrat
-

Präsident Riquet Heller, FDP/XMV: Geschätzte Parlamentarierinnen und Parlamentarier, geschätzter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Herren Stadträte, sehr geehrte Vertreter der Medien, Besucherinnen und Besucher, sehr geehrte Damen und Herren. Zweimal wurde ich in den letzten Tagen auf offiziellem Weg angewiesen, dass Ansprachen des Parlamentspräsidiums zu Sitzungsbeginn aussagelos, neutral und kurz zu sein haben. Solche klaren Vorgaben erleichtern die Präsidialarbeit. Und die Kritiker haben erst noch Recht. Gemeindeord-

nung und unser Geschäftsreglement schreiben vor, dass das Parlamentspräsidium in dienender Funktion Sitzungen einzig formell zu leiten hat. Für alles Materielle, d. h. auf Deutsch fürs Fleisch am Knochen, sind Sie als agierende Parlamentarier und Parlamentarierinnen oder als votierende Stadträte zuständig. Darum: Ich begrüsse Sie zur 26. Sitzung der laufenden 4. Legislaturperiode des Arboner Parlaments und erkläre die Sitzung als eröffnet. Punkt. Keine Ausführungen zur Befindlichkeit und zum Geschehen in unserer Stadt. Keine Verklärung der Schönheiten und des Brauchtums unserer Stadt. Kein Wetterbericht, keine Anekdoten und keine Witze und schon gar kein Wort zu den bevorstehenden Wahlen. All dies wäre präsidiales Geplauder, das nicht in eine Parlamentssitzung gehört. Voilà. Juristen können bekanntlich auch aus einer Nichtrede wie dieser eine Rede fabrizieren, die möglicherweise kritischen Gehalt hat und nicht allzu kurz ausfällt.

Felix Heller und Judith Huber werden etwas später eintreffen. Felix ist wie Reto Büromitglied und amtiert daher auch als Stimmzähler. Ich gehe davon aus, dass wir bis zum Erscheinen von Felix keine Abstimmung durchzuführen haben, sodass ich auf eine Ergänzungswahl diesbezüglich verzichten kann. Anders dagegen bei Reto Neuber, der sich für die ganze Sitzung entschuldigt hat. Für ihn ist für die heutige Sitzung erneut ein Ersatz zu wählen. Das Büro schlägt Ihnen im Namen der CVP/EVP Remo Bass vor. Sind Sie mit dem Vorgehen betreffend Abwarten des Eintreffens von Felix Heller einverstanden, bzw. hat es andere Vorschläge als Ersatz für den Stimmzähler Reto Neuber? – Aus Ihrem Stillschweigen schliesse ich, dass Sie mit einer stillen Ersatzwahl von Remo Bass einverstanden sind und Sie auch das vorläufige Fehlen von Felix Heller akzeptieren.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt der Parlamentspräsident fest, dass 25 Mitglieder des Stadtparlaments anwesend sind. Die Beschlussfähigkeit ist somit immer noch klar gegeben.

Sie haben die Traktandenliste rechtzeitig erhalten. Gibt es Wortmeldungen zur Traktandenliste? – Ich stelle fest, Sie genehmigen diese Liste stillschweigend.

1. Mitteilungen

Sie haben für die heutige Sitzung folgende Unterlagen erhalten:

Mit Versand vom 20. November 2018:

- Budget der Stadt Arbon, Bericht der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission

Mit separatem Versand vom 25. November 2018:

- Budget 2019 der Stadt Arbon, Parlamentsbotschaft des Stadtrats

Das Protokoll der 25. Parlamentssitzung der laufenden Legislatur wurde vom Büro genehmigt und im Internet aufgeschaltet.

An der heutigen Sitzung ist folgender parlamentarischer Vorstoss eingegangen:

- Einfache Anfrage "Nette Toiletten auch in Arbon" von Felix Heller, SP-Gewerkschaften-Juso; die Anfrage geht nun zur Bearbeitung an den Stadtrat.

2. Budget 2019 der Stadt Arbon

Parlamentspräsident Riquet Heller, FDP/XMV: Zu diesem Traktandum möchte ich speziell Mischa Vonlanthen und Bernhard Egli von der Finanzverwaltung begrüßen. Sie werden in verdankenswerter Art und Weise Änderungen aus der heutigen Sitzung sofort aufnehmen. Am Schluss der Beratung werden sie nach einer kurzen Pause das aktuelle Endergebnis direkt vorlegen können.

Die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission hat das Budget 2019 für uns vorberaten. Der Kommissionsbericht und die Anträge der FGK liegen Ihnen wie erwähnt vor. Bevor wir in die Beratung einsteigen, möchte ich Ihnen das Vorgehen nochmals erläutern. Für alte Hasen ist es wie immer.

Zuerst erfolgt das Eintreten. Dieses ist obligatorisch. In der Detailberatung werden wir den weissen Teil der Botschaft des Stadtrats kapitelweise durchgehen. Zu diesem Verbalteil des Budgets 2019 können Sie Fragen stellen und Bemerkungen machen. Die Erfolgsrechnung ist auf gelbe Seiten gedruckt. Ich werde jeweils die funktionalen Bereiche mit den dreistelligen Kontonummern aufrufen und dazu Seitennummern nennen. Also beispielsweise Allgemeine Verwaltung, Konto 011 Legislative, Seite 1. Dann folgt Kontonummer 012 Exekutive, Seite 1 usw. Ich bitte Sie, Ihre Fragen und Anträge zu stellen, wenn der entsprechende Bereich der Erfolgsrechnung aufgerufen ist. Dies erfordert eine gewisse formelle Disziplin. Sprechen Sie, möchten Sie jeweils gleich zu Beginn Ihres Votums die vollständige Kontonummer und die Seitenzahl nennen, damit wir alle wissen, zu welcher Position Sie sprechen. Stellt ein Parlamentsmitglied einen Antrag und hält das Mitglied nach getätigter Diskussion im Plenum am Antrag fest, wird über diesen Antrag abgestimmt. Gemäss Bericht liegen keine Anträge der FGK vor. Liegt demgegenüber ein Antrag des Stadtrats vor, hat jeweils der dafür zuständige Stadtrat das Wort. Gibt es keine weiteren Wortmeldungen und bleibt somit der Antrag des Stadtrats unbestritten, gilt der Antrag des Stadtrats als stillschweigend genehmigt. Gibt es Opposition, wird abgestimmt. Nach der Erfolgsrechnung werden wir mit der Beratung des Investitionsplans auf den grünen Seiten weiterfahren. Zum Finanzplan – das ist der rosa Teil – können im Anschluss wiederum Fragen gestellt werden. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? Im Vergleich zum Vorjahr hat es wie gesagt formell keine Änderungen gegeben. – Ich stelle fest, dass keine Opposition vorliegt.

Eintreten

Lukas Graf, SP, Präsident der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission: Die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission der Stadt Arbon traf sich in fünf Sitzungen zur Beratung des Budgets 2019 sowie des Finanzplans für die Jahre 2020 bis 2022. Im Namen der FGK möchte ich vorab den Stadträten und den Abteilungsleitern für die Beantwortung des Fragenkatalogs und die mündlichen Auskünfte am Fragenachmittag vom 30. Oktober 2018 danken. Zudem danken wir allen Mitarbeitenden der Stadt Arbon für ihre geschätzte Arbeit.

Nach dem turbulenten Budgetprozess vor einem Jahr, als das Budget an den Stadtrat zurückgewiesen wurde und sich die FGK insgesamt zehn Mal traf, fand die Beratung des Budgets 2019 wieder im normalen Rahmen statt. Die Prognosen im Budget sowie im Finanzplan sind nun deutlich positiver als noch vor einem Jahr. Und auch die Hochrechnung 2018 sieht einen ungewohnt hohen Ertragsüberschuss vor. Gemäss stadträtlichem Budgetbericht be-

trägt dieser CHF 1.15 Mio. und nicht CHF 1.5 Mio., wie im FGK-Bericht fälschlicherweise steht. Stadtrat Patrick Hug wird uns heute aber sicher noch auf den neuesten Stand bringen, und soweit ich weiss, sind die CHF 1.5 Mio. Ertragsüberschuss dann deutlich näher an der Wahrheit.

Das Budget 2019 sieht einen Ertragsüberschuss von CHF 189'600 vor. Zwar liegen die Nettoaufwände in fast allen funktionalen Hauptbereichen über dem Vorjahresbudget, als ein kleiner Überschuss von CHF 17'600 budgetiert worden war, allerdings kann eben auch mit höheren Steuererträgen sowie höheren Beiträgen vom Kanton in Form des Lasten- und Ressourcenausgleichs gerechnet werden. Bei der Sozialhilfe reduziert sich der Nettoaufwand gegenüber dem Vorjahresbudget unter anderem dank des zusätzlichen Lastenausgleichs um rund CHF 120'000. Im Bereich Gesundheit steigen die Kosten weiterhin stark an. Fast CHF 300'000 betragen die Mehrkosten gegenüber dem Budget 2018. Dies entspricht einer Steigerung von knapp 14 %. Einerseits erhöht sich der Beitrag an die Pflegeheime aufgrund der demografischen Entwicklung, andererseits steigen auch die Kosten für die ambulante Krankenpflege. Der Beitrag an die Spitex beträgt im Budget 2019 CHF 1 Mio. und hat sich damit innerhalb von fünf Jahren verdoppelt. Auch im Ressort Einwohner und Sicherheit sind die Nettoaufwände deutlich höher als im letztjährigen Budget. Dies hat einerseits mit der zusätzlichen Stelle bei der Berufsbeistandschaft zu tun und andererseits mit der negativen Entwicklung beim Zivilschutz. Es hat sich gezeigt, dass hier beim Budget 2018 zu optimistische Annahmen getroffen wurden und dies teilweise ohne Grundlage. Die FGK findet es bedenklich, dass durch die Gründung der Zivilschutzregion Oberthurgau der Gesamtaufwand für Arbon nun gestiegen ist, anstatt dass sich die Nutzung von Synergien finanziell positiv auswirkt. Wir empfehlen dem Stadtrat, den Nutzen der regionalen Lösung zu prüfen und darauf hinzuwirken, dass der Nettoaufwand für Arbon wieder sinkt.

Im Bereich Gewässerverbauung enthält das Budget 2019 einen Einmaleffekt, der den Nettoaufwand um CHF 200'000 senkt. Die Kosten für den Weiheraushub werden nicht mehr vorfinanziert. In Zukunft werden die Aufwände für den Weiheraushub über die Investitionsrechnung budgetiert und ordentlich abgeschrieben. Dies entspricht der korrekten Verbuchungspraxis gemäss HRM2.

Die Nettoinvestitionen im Budget 2019 betragen lediglich CHF 2.8 Mio. und damit so wenig wie seit neun Jahren nicht mehr. Rund die Hälfte davon fliesst in die Sanierung von Gemeindestrassen sowie in die Kanalisation. Ebenfalls ein substantieller Beitrag in der Höhe von CHF 330'000 fällt für denkmalpflegerische Beiträge an die Sanierung des Presswerks und des Jumbos an.

Die FGK wird weder zur Erfolgsrechnung noch zur Investitionsrechnung Änderungsanträge stellen, da ihr sämtliche Anpassungen gegenüber dem Vorjahresbudget sinnvoll erscheinen. Im Lauf des Budgetprozesses hat der Stadtrat allerdings zwei Anpassungen beantragt, welche im Bericht zu finden sind. Sowohl dem Antrag zur Erhöhung des Beitrags an die Tageschulen als auch den Verschiebungen in der Investitionsrechnung im Zusammenhang mit der Stadtmauer beim Schloss steht die FGK grossmehrheitlich positiv gegenüber.

Der Finanzplan für die Jahre 2020-2022 zeigt ein deutlich positiveres Bild als noch vor einem Jahr. In allen Planjahren sind dank zusätzlicher Kantonsbeiträge und moderat steigender Steuereinnahmen positive Rechnungsabschlüsse vorgesehen, die Jahr für Jahr etwas an-

steigen. Die Verschuldung wird allerdings noch bis 2021 zunehmen, da der Selbstfinanzierungsgrad nach wie vor unter 100 % liegt. Bei den Steuereinnahmen wurden die negativen Effekte der Unternehmenssteuerreform noch nicht berücksichtigt. Andererseits sind die positiven Effekte der KVG-Revision ebenfalls noch nicht enthalten. Diese wird bei der ambulanten Pflege zu deutlich höheren und bei der stationären Pflege zu leicht niedrigeren Kantonsbeiträgen führen. Insgesamt hält die FGK den Finanzplan aus aktueller Sicht für realistisch, auch was die moderat steigenden Steuereinnahmen betrifft. Basierend auf der Hochrechnung wurden die Steuereinnahmen für 2019, also für das Budget sogar eher zu defensiv budgetiert. Die aktuellen Aussichten gemäss Hochrechnungen Budget und Finanzplan sind sehr erfreulich, insbesondere auch im Vergleich zu den Vorjahren. Für die FGK ist aber auch klar, dass ein überschwänglicher Optimismus jetzt fehl am Platz wäre. Substantielle Mindereinnahmen durch die Unternehmenssteuerreform sind wahrscheinlich. Zudem werden die positiven Effekte der KVG-Revision relativ schnell durch weiterhin steigende Gesundheitskosten aufgefressen. Und schliesslich könnte sich auch eine negative konjunkturelle Entwicklung entsprechend auf die Stadtfinanzen auswirken. Zusammenfassend kann man also sagen, dass die Aussichten positiv sind, auch wenn uns weitere Herausforderungen erwarten.

Nun danke ich meinen Kolleginnen und Kollegen für die angeregte Diskussion und die konstruktive Mitarbeit. Die FGK empfiehlt Ihnen einstimmig mit einer Enthaltung, den Steuerfuss bei 76 % zu belassen und das Budget anzunehmen sowie den Investitionsplan zu genehmigen.

Luzi Schmid, CVP/EVP: Nach den Ausführungen des FGK-Präsidenten müsste man eigentlich fast nichts sagen, es ist alles gesagt, was zur Rechnung 2018 und zum Budget 2019 inhaltlich wichtig ist. Trotzdem hier noch einige Überlegungen der CVP/EVP-Fraktion:

Die Hochrechnung der Ausgaben und Einnahmen für das Jahr 2018 fallen tatsächlich geradezu überraschend erfreulich aus. Und hier sind nicht nur die ausserordentlichen Einnahmen aus Landverkäufen, Soziallastenausgleich und Ressourcenausgleich sowie die besseren Voraussetzungen bei den Abschreibungen gemäss HRM2 ausschlaggebend, sondern effektiv massgebend sind auch höhere Steuereinnahmen und das Einpendeln der Sozialhilfeausgaben zwar auf hohem Niveau, aber immerhin kein Wachstum mehr. Wir werden jetzt dann vom Stadtrat noch zu hören bekommen, dass das Ergebnis 2018 noch besser daherkommt, als es im Informationsteil zum Budget bereits angekündigt wird. Was positiv ist, darf man auch positiv erwähnen und sollte positiv erwähnt sein. Ein bisschen freuen ist folglich erlaubt. Aber es besteht keinesfalls Anlass zu feiern, sich zurückzulehnen, leichtsinnig oder übermütig zu werden. Vor allem dürfen dieses verbesserte Rechnungsergebnis 2018 und die verbesserten Zahlen im jetzt zu diskutierenden Budget 2019 keinesfalls dazu verleiten, mit grosser Kelle auszugeben. Mit dem, was an Mehreinnahmen eingenommen worden ist, muss man sparsam umgehen.

Der Stadtrat ist gut beraten, bei seinen vielen Nachtragskrediten starke Zurückhaltung zu üben. Es gilt, die Balance zu finden zwischen vermögensbildendem Sparen und ertragsbringenden Investitionen. Aber jetzt und heute heisst es in erster Linie, den Bilanzfehlbetrag abzubauen und die Voraussetzungen zu schaffen, um Eigenkapital aufzubauen und vor allem die Schulden zu reduzieren. Das müssen die Leitfäden für die heutige Budgetdebatte sein. Nutzen wir auch die günstigen Voraussetzungen der Wirtschaft mit guter Beschäftigung, mit

guten Auftragseingängen und den anhaltend tiefen Zinsen für Darlehen, um die eigenen Finanzen ins Lot zu bringen. Es muss längerfristig das Ziel sein, den Steuerfuss zu senken, um gerade bei besser Verdienenden konkurrenzfähig zu werden.

Budgetieren heisst, für das nächste Jahr zu planen, aber nur ein Jahr finanziell zu planen, ist im Fall von Arbon zu wenig und zu riskant. Es müssen verlässliche, erreichbare Zielvereinbarungen für die nächsten fünf bis zehn Jahre her. Es braucht ein professionelles Controlling, um die Zielsetzung und Zielerreichung bewerkstelligen und den richtigen Sparplan umsetzen zu können. Beim Eigenkapital denke ich, wir müssen daraufhin arbeiten, dass CHF 5 bis CHF 10 geschafft sind. Wie wir sehen, bleiben die Herausforderungen unverhältnismässig gross. Denken wir, was auch gesagt worden ist, an die stets steigenden Gesundheitskosten stationär wie ambulant. Auch wenn der Kanton sich künftig an den Spitexkosten beteiligen wird, wird das eine grosse finanzielle und organisatorische Herausforderung für die Stadt Arbon bleiben.

Nach wie vor wäre es interessant, im Budgetbericht zu lesen, auf wie viele Einwohner Arbon anwachsen soll und sich ausdehnen will und kann. Auf der einen Seite bedeutet das, die Bereitstellung und Bezahlung von Infrastruktur vorzunehmen, auf der anderen Seite natürlich mehr Einnahmen zu erhalten. Eine längst fällige Mehrjahresplanung als Führungs- und Kontrollinstrument. Wir dürfen uns nicht mit den zwar stagnierenden, aber doch vergleichsweise sehr hohen Ausgaben bei den Sozialhilfekosten zufriedengeben, hier gibt es auch noch einiges zu tun und zu hinterfragen. Es gilt zudem, die ständig steigenden Ausgaben für die Berufsbeistandschaft genauestens zu kontrollieren, zu hinterfragen und mit anderen Gemeinden zu vergleichen. Auch hier müssen Mehrjahresziele herausgearbeitet werden.

Wenn der jetzige Stadtrat plant, eine Bevölkerungsumfrage (Konto Standortmarketing) zu lancieren, ist auch das zu begrüßen. Es ist tatsächlich interessant zu erfahren, wie die Arbonerinnen und Arboner empfinden und denken. In dieser Umfrage muss es aber auch Platz haben, das Dienstleistungsangebot zur Diskussion zu stellen, um die Leistungen auf Effektivität und Effizienz kontrollieren und korrigieren zu können. Unsere Fraktion ist einstimmig für den Betrag an die Tagesschule der Primarschulgemeinde. Wir werden insbesondere zum Zivilschutz, zu den Nutzungsgebühren auf den Quaianlagen, zu den neuen POD-Häuschen auf dem Campingplatz, zur ambulanten Krankenpflege und zu den Investitionen ins Strandbadrestaurant beim Stadtrat noch nachfragen. Keine Änderungsanträge seitens der CVP/EVP.

Parlamentspräsident Riquet Heller, FDP/XMV: Ich stelle fest, dass mittlerweile Felix Heller und Judith Huber eingetroffen sind. Wir sind demzufolge 27 Parlamentsmitglieder. Nur drei Parlamentsmitglieder, also 10 %, haben sich entschuldigt und sind ferngeblieben.

Silke Sutter Heer, FDP/XMV: Im Namen der Fraktion FDP/XMV danke ich als allererstes der FGK, dem Stadtrat und der Verwaltung für das vorgelegte Budget 2019 und den Bericht der FGK. Erlauben Sie mir doch noch einige Bemerkungen zum Eintreten. Auch hier wird es wohl zu Wiederholungen kommen.

So schwer sich die FGK und dann auch das Parlament beim letzten Budget getan hat, so einfach erscheint es dieses Mal. Doch wie immer trügt der erste Schein. Die FGK hat zu Recht bemerkt, dass die Arbeit dieses Jahr zwar viel weniger aufgeregt vonstatten gegangen

ist. Gearbeitet wurde aber in der Kommission und danach wohl auch in den Fraktionen seriös. Es wurden auch dieses Jahr viele Fragen gestellt und viel kritisch hinterfragt. Die Antworten, welche die Stadträte geliefert haben, konnten aber überzeugen. Als Beispiel möge aus Sicht der FDP/XMV-Fraktion vor allem der erhöhte Beitrag der Stadt Arbon an die Tagesschule dienen. Auch dieser Ansicht kann sich die Fraktion FDP/XMV vollständig anschliessen. Das Angebot der Tagesschule ist als Standortvorteil für Arbon zu sehen und stärkt Arbon. Deshalb werden wir nicht nur hier, sondern auch in diesem Punkt dem Budget vollumfänglich zustimmen.

Während das Budgetieren letztes Jahr einen regelrechten Kraftakt brauchte, hat der Stadtrat für 2019 einen Ertragsüberschuss von rund CHF 189'000 vorgelegt. Das geplante Plus soll sogar bis ins Jahr 2022 anhalten. Dass dies nicht reiner Zweckoptimismus ist, belegt die Hochrechnung 2018, die derzeit offenbar mit einem Überschuss von CHF 1.15 Mio., heute Abend wird er dann auf CHF 1.5 Mio. korrigiert – so zumindest die Erwartung – prognostiziert ist, allenfalls wird er noch höher ausfallen. Wir werden das wohl später am Abend noch hören.

Klar ist, der längst fällige Lastenausgleich und der höhere Ressourcenausgleich tragen viel zu dieser positiven Wende bei. In diesem Zusammenhang von einem Profit für Arbon zu sprechen, geht aber meines Erachtens fehl. Vielmehr kommt es hier endlich zu der erkämpften gerechtfertigten Entlastung der Zentrumsgemeinde Arbon, die viel früher hätte stattfinden müssen.

Auch die Fraktion FDP/XMV schätzt das vorgelegte Budget 2019 als realistisch ein. Insbesondere, dass 2019 nicht so hoch oben ausschlagen wird wie 2018. Es ist ja wesentlich tiefer budgetiert, als nun 2018 ausfallen wird. Hier prägen ausserordentliche Einnahmen aus dem Grundstücksverkauf Seegarten und bei der Berglithurnhalle von rund CHF 890'000 die Rechnung 2018. Erfreulich für die Rechnung 2018 und für das Budget 2019 sind die guten Steuererträge. Zu hoffen ist, dass die Sozialausgaben nur so moderat ansteigen werden, wie dies budgetiert worden ist. Speziell aufgefallen ist der FDP/XMV-Fraktion dabei, dass die Ausgaben für die Spitex mittlerweile doppelt so hoch sind wie noch vor einigen Jahren. Diese Entwicklung ist nicht in allen Teilen nachvollziehbar und es entsteht der Eindruck, dass auch hier die Regionalisierung keine sichtbare Entlastung gebracht hat. Diese Erkenntnis gilt auch für den Zivilschutz. Hier hat die Regionalisierung die Kosten quasi fast schon explodieren lassen. Die FDP/XMV schliesst sich daher der Meinung der FGK an, dass der Nutzen dieser Regionalisierungen aus Sicht der Stadt Arbon so rasch wie möglich überprüft und dann die nötigen Konsequenzen gezogen werden müssen. Es kann und darf einfach nicht sein, dass Arbon immer und immer wieder zur Kasse gebeten wird. Wenn sich eine regionale Lösung unter dem Strich nicht als wirklich günstiger erweist, muss so rasch als möglich ausgestiegen werden. Hier wird regionale Solidarität einfach falsch ausgelegt. Es wird Sache der Verantwortlichen sein, diese Entwicklung in allen Bereichen kritisch im Auge zu behalten und sämtliche Faktoren, selbstverständlich nicht nur die finanziellen, miteinzubeziehen.

Zu Recht weist die FGK über dies darauf hin, dass neben all den erfreulichen Nachrichten nicht vergessen werden darf, dass Arbon einen Bilanzfehlbetrag ausweist und die Verschuldung hoch ist und weiter steigt. Die positiven Aussichten sind aber ein Silberstreifen am Horizont. Arbon wird aber noch lange mit seinen Finanzen haushälterisch umgehen müssen. Dies heisst aber nicht, dass wir nicht weiterhin zweckmässige Investitionen in unsere schöne

Stadt vornehmen müssen. Wir müssen aber immer hinterfragen, was Nutzen und Ertrag ist. Das ist die Aufgabe der Verantwortlichen in Arbon. Dann müssen wir aber auch den Mut haben – und das ist ebenfalls eine Aufgabe der Verantwortlichen –, unsere tolle und lebenswerte Stadt weiterzubringen.

Die Fraktion FDP/XMV ist selbstverständlich für das obligatorische Eintreten und, dies sei ebenfalls vorweggenommen, hat ebenfalls keine Abänderungsanträge zum Budget in der Detailberatung und wird sich den Anträgen des Stadtrats, die auch von der FGK empfohlen wurden, anschliessen.

Ruth Erat, SP-Gewerkschaften-Juso: Vieles wurde gesagt. Ja, auch die SP ist natürlich erfreut, dass das Budget 2019 positiv abschliesst und auch wir mit gutem Gewissen nicht von Zweckoptimismus reden müssen. Arbons Anstrengungen zeigen Früchte. Die Hochrechnung 2018 lässt durchaus Vertrauen aufkommen. Die Vorbemerkungen der FGK zum Budget und zum Finanzplan zeigen das auf. Das freut auch, weil nun endlich erstmals seit 2012 und nach der Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit eine generelle Lohnanpassung von je 0.5 % möglich wird. Sie ist klein und sie hat den Preis, dass die individuelle Lohnanpassung reduziert wird. Aber sie setzt ein Zeichen der Wertschätzung und zeugt vom Wissen darum, dass die steigenden Qualitätsanforderungen und der wachsende Druck die heutige Arbeitswelt prägen und von angestellten Arbeitenden einiges verlangen.

Wenig glücklich sind wir mit dem Verkauf stadteigener Liegenschaften. Das sind Gewinne, die, sehen wir vom Verkauf an unsere Schule ab, um Verluste erkaufte sind. Eigenes Land, das Planung ermöglicht und durch Baurechtszinsen jährlich Einnahmen schaffen kann, sollte der Stadt als Wert erhalten bleiben. Wer das nicht beachtet, verscherbelt das Tafelsilber.

Unzufrieden sind wir auch mit der Entwicklung beim Zivilschutz. Silke Sutter hat das sehr klar und umsichtig ausgeführt. Ja, dort hat man mit Einnahmen gerechnet, die nicht realisiert werden konnten. Das Wort zu den zu nutzenden Synergien erwies sich als leeres Versprechen. Man spricht von Einsparungen und es wird nicht günstiger. Was beim Netzwerk Süd Plus durch die geografische Einheit möglich geworden wäre, entfällt. Der Bereich ist ein schlechtes Beispiel für Zusammenarbeit und seriöse Budgetierung. Gemäss unseren Recherchen auch kein gutes Zeugnis für den Einsatz der Stadt für Arbons Interessen. Darum muss es uns aber allen gemeinsam gehen. Wir, die SP-Gewerkschaften-Juso sind für Eintreten - das ist obligatorisch –, werden keine zusätzlichen Anträge bringen und unterstützen die beiden nachträglich eingereichten Anträge der Stadt. Wir wissen es, das Saurer Museum ist eine Erfolgsgeschichte und verdient, dass wir ihm zusammen mit der Betreiberin Sorge tragen. Die 50%-Beteiligung am Betriebsdefizit der Schule für die Tagesstrukturen entspricht der Verteilung der Kosten an einer gemeinsamen Aufgabe. Die grosse Bedeutung für die Tagesschule für den Standort Arbon ist unumstritten. Dass wir es hier auch mit einer Erfolgsgeschichte zu tun haben, freut uns von Seiten der SP-Gewerkschaften-Juso ganz besonders.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Es kann natürlich im Einzelfall wie etwa beim Zivilschutz kritisiert werden. Aber die konservative Budgetierung und deren Resultat zeigen, dass Arbon seine Aufgabe wahrnimmt. Erstaunt sind wir deswegen über die eine Stimmenthaltung auf der Seite der FGK. Worum geht es da? Um ein sich Herumdücken um Verantwortung? Um Mitreden und am Ende nicht Mittragen der demokratisch diskutierten Fragen und der

Beschlüsse? Um Schaumschlägerei und Grundsatzpositionen? Wir sind für Kritik. Sie ist das Fundament der Gespräche. Wenn die Vorbehalte aber nicht in den Sitzungen eingebracht werden, die FGK darüber kein Gespräch führen kann, dann sollte doch auch die gesamte SVP-Vertretung zum Resultat der Kommissionsarbeit stehen. Also auch zu Tagesschulen beispielsweise usw. Wir werden es hören. Vielleicht auch nicht. Das wäre erfreulich. Hoffen wir, dass dies in der nächsten Legislatur besser wird. Wir können nur lernen und uns weiterentwickeln. Uns bleibt am Ende, darauf zu verweisen, dass wir trotz der guten Entwicklung in Arbon mit Sorge auf die Steuerreform 2020 schauen. Und wir danken natürlich für die geleistete Arbeit der FGK und allen Verantwortlichen und insbesondere auch Mischa Vonlanthen.

Roland Schöni, SVP: Das Budget für das nächste Jahr präsentiert sich eigentlich recht zufriedenstellend und der Stadtrat hat nun endlich eine positive Entwicklung eingeleitet. Die Zeiten der Millionendefizite sind nun hoffentlich vorbei. Auf Druck hin hat der Stadtrat reagiert und ist über seinen eigenen Schatten gesprungen. Dafür hat er einen Dank verdient. Der Kanton hat bei unserer Finanzpolitik eine rote Linie gezogen und Finanzchef Jakob Stark ist hauptsächlich dafür verantwortlich, dass wir mit dem Finanzausgleich nun besser fahren. Er hat Arbon unmissverständlich aufgezeigt, wie es laufen soll. Redet von euren Stärken und arbeitet an euren Schwächen. Und genau daran sollten wir uns in Zukunft halten. Ebenfalls ein Dank gebührt allen Mitarbeitenden der Stadt. Und da komme ich bereits schon zum ersten heiklen Punkt:

Die lohnpolitischen Massnahmen, die eine generelle Lohnerhöhung beinhalten, versteht die SVP-Fraktion nicht. Damit wird an die Wirtschaft ein falsches Signal gesendet und es kommt von uns ein Antrag auf Streichung der generellen Lohnerhöhung.

Nebst den steigenden Gesundheitskosten aufgrund der demografischen Entwicklung bleiben nach wie vor die Sozialkosten ein Sorgenkind. Hier gilt es, neue Wege zu gehen und sich vom Schönreden zu verabschieden. Wer so festgeschraubt ist wie der derzeit zuständige Stadtrat, bewegt sich keinen Millimeter. Fairerweise muss man aber auch sagen, dass eine so vielfältige Aufgabe nie nur in der Hand einer Person liegen kann. Es ist die Summe der Entscheidungsträger. Es geht uns gut in Arbon, aber es geht nicht allen gut und um die müssen wir uns kümmern. Wir lassen uns aber auch nicht melken.

Negativ fallen die stark gestiegenen Kosten beim Zivilschutz auf. Das wurde im Rat bereits mehrmals angetönt und ist uns auch aufgefallen. Zudem musste man den Abbruch der Übung mit dem geplanten Sicherheitszentrum aus der Zeitung erfahren, obwohl es kurz davor noch hiess, man arbeite weiterhin daran.

Erfreulich ist, dass die Finanzlage bei der Feuerwehr wieder im Lot ist. Der Schutzplan hat in Arbon hohe Wellen geworfen und wir haben das Diktat der Denkmalpflege zu schlucken. Eine für mich staatlich finanzierte Verhinderungsbehörde und genau das ist sie, welche jedes Mass an Vernunft verloren hat. Früher gab es Steuervögte, die von den Bürgern aus der Stadt gejagt wurden, heute gibt es Kulturvögte, die man leider ... Sie wissen, was ich meine.

Bezüglich Bautätigkeit ist in Arbon viel los und das ist auch gut so. Nur wollen wir es nicht übertreiben. Ist es nicht sinnvoll, Schritt für Schritt vorwärts zu machen und sich immer wieder die Frage zu stellen: Was geben wir und was bekommen wir? Sollen zum Beispiel beim Camping wirklich neue Häuschen angeschafft werden? Wollen wir nicht zuwarten, ob sich

der Trend fortsetzt? Ist eine neue WC-Station neben dem Kunstrasenplatz dringend notwendig oder können nicht die direkt daneben liegenden WC-Anlagen der Sporthalle benützt werden? Das sind weitere Fragen, die wir uns stellen.

Der Stadtrat hat ein neues Zauberwort erfunden. An und für sich ist es zwar nicht eine Erfindung des Stadtrats. Dieses heisst Nachtragskredite. Irrtum vorbehalten waren es letztes Jahr 17 Nachtragskredite, wo man am Parlament und am Volk vorbei Geld abgeholt hat. Es ist einfach ratsam, nicht zu viele solche Nachtragskredite zu stellen oder schon damit zu rechnen.

Aufgrund des vorliegenden Budgets 2019 haben wir von der SVP-Fraktion zahlreiche Positionen hinterfragt und werden im Lauf der Beratung auch noch Fragen und Anträge stellen.

Nun noch zu einer Bemerkung von Ruth Erat: Warum hat sich in der FGK ein Mitglied der Stimme enthalten? Ich kann es dir sagen. Das war ich und zu meiner Schande muss ich sagen, dass ich von fünf Sitzungen an deren drei gefehlt habe. Aber leider ging es nicht anders. Ich konnte mich zu wenig einbringen und darum habe ich mich der Stimme enthalten. Daher werden von uns diesbezüglich auch Anträge kommen. Dies nur zur Klärung. Eintreten ist obligatorisch und von unserer Seite auch unbestritten.

Stadtrat Patrick Hug, CVP: Es sind dies meine letzten Ausführungen zu einem Budget vor dem Parlament. Nichtsdestotrotz möchte ich mich kurzhalten. Danken möchte ich im Namen des Stadtrats der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission mit ihrem Präsidenten Lukas Graf für die stets konstruktive und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Danken möchte ich auch Ihnen für die grösstenteils positiven Voten zum Eintreten auf das Budget 2019. Ich möchte meine Ausführungen auf drei Punkte beschränken.

1. Die aktuelle Hochrechnung 2018 weist mittlerweile einen wesentlich höheren Ertragsüberschuss als die im FGK-Bericht erwähnten CHF 1.5 Mio. auf. Damit kann nicht nur der Bilanzfehlbetrag von aktuell CHF 1.1 Mio. abgetragen, sondern auch wieder echtes Eigenkapital gebildet werden, welches diesen Namen auch verdient. Heute beschränkt sich das Eigenkapital auf die Neubewertungsreserven.
2. Aufgrund dieser sehr positiven Entwicklung im laufenden Rechnungsjahr 2018 sind die im Budget 2019 veranschlagten Sozialhilfeausgaben wohl zu hoch und die Steuereinnahmen eher zu tief angesetzt. Der Stadtrat verzichtet aber darauf, Ihnen diesbezüglich Korrekturen zu beantragen, da die Sozialhilfeausgaben erfahrungsgemäss stärkeren Schwankungen unterworfen sind und der erfreuliche Steuermehrertrag zu einem wesentlichen Teil auf einen Nachsteuerbetrag einer einzigen Firma zurückzuführen ist.
3. Die überaus erfreuliche Hochrechnung, welche sich in den letzten Monaten kontinuierlich verbessert hat, erlaubt es dem Stadtrat, ursprünglich für das Jahr 2019 geplante Ausgaben bereits in diesem Jahr zu tätigen. Dies hat einerseits erheblich höhere Nachtragskredite als in den vergangenen Jahren zur Folge. Das ist so. In der Erfolgsrechnung haben wir gegenüber dem von Ihnen und dem Stimmvolk genehmigten Budget 2018 zusätzliche Kredite in der Höhe von rund CHF 570'000 gesprochen, wovon CHF 300'000 spezialfinanziert sind. In der Investitionsrechnung betragen die Nachtragskredite bis heute rund CHF 540'000. Diese Zahlen sind in der überaus positiven Hochrechnung bereits berücksichtigt. Die Vorwegnahme von Ausgaben hat andererseits zur Folge, dass das Budget

2019 wesentlich entlastet wird und sich die Investitionen für das nächste Jahr auf einem sehr tiefen Niveau bewegen.

Zusammenfassend möchte ich festhalten, dass der Voranschlag 2019 sehr defensiv ausgestaltet wurde mit Luft nach oben für einen erfreulichen Rechnungsabschluss auch im nächsten Jahr. Dies soll dem neuen Stadtrat einen guten Start am 1. Juni 2019 ermöglichen, zumindest in finanzieller Hinsicht. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Materielle Beratung

Erfolgsrechnung

0 Allgemeine Verwaltung

Parlamentspräsident Riquet Heller, FDP/XMV: Diesbezüglich weiss ich, dass ein Antrag auf Verzicht einer generellen Lohnerhöhung gestellt werden könnte. Individuelle Lohnerhöhungen würden bleiben. In diversen Konten sind Besoldungen untergebracht und aufgeführt. Lohnerhöhungen bzw. Streichung der Lohnerhöhungen wirken sich darum in allen Bereichen aus. Es wäre darum zweckmässig, gleich zu Beginn über diesen Grundsatz generelle Lohnerhöhung ja oder nein jetzt zu entscheiden. Ich bitte darum, den Antrag noch schriftlich abzugeben.

Seite 1 Konto 0110.3010 Besoldungen und folgende 3010er-Konten

Pascal Ackermann, SVP: Mein Antrag wäre für alle folgenden 3010.00 inbegriffen. Die Finanzlage der Stadt Arbon sieht mit dem neusten Budget ein wenig rosiger aus. Leider bleibt sie weiter angespannt, weshalb die SVP-Fraktion eine generelle Lohnerhöhung als verfrüht erachtet. Die individuelle Lohnerhöhung ist unbestritten und auch richtig, denn Leistung soll belohnt werden. Es darf jedoch nicht mit der Giesskanne einfach Geld verteilt werden. In der Privatwirtschaft ist dies ausserdem mehr als unüblich, weshalb sich jeder Steuerzahler in Arbon veräppelt vorkommen muss, wenn hier mit der Giesskanne für alle mehr Lohn verteilt wird. Ich bedanke mich, wenn Sie meinem Antrag Folge leisten.

Jakob Auer, SP-Gewerkschaften-Juso: Warum erstaunt es mich, dass dieser Antrag wieder gestellt wird? Haben die Mitarbeiter der Stadt Arbon sich nicht weiterentwickelt? Haben sie nicht mehr Verantwortung übernommen? Haben sie es nicht geschafft, die Leistungen zu bringen, wie es erwartet wurde? Arbeiten sie nicht mehr, als im Arbeitsvertrag steht? Haben sie sich nicht im permanenten Veränderungsprozess die Hand gegeben und mitgemacht? Haben sie sich nicht den mit Wutausbrüchen zurückgehalten, nicht die beleidigte Leberwurst gespielt und Vorgesetzte nicht schlechtgemacht. Haben sie nicht auf Material und Mobiliar aufgepasst und gespart? Haben sie Krankheitstage überzogen? Zweifeln die Vorgesetzten an ihren Leistungen? Haben sie nicht auch dazu beigetragen, die Sparübung unsererseits umzusetzen? Neun Fragen, auf die die Antragsteller keine Antwort geben können. Die schlüssige Antwort fehlt. Nicht eine einzige Frage kann man mit Ja beantworten. Daher finde ich es beschämend, diesen Antrag zu stellen. Hier zeigt sich der passende folgende Spruch, den ich auch schon beim Eintretensvotum von Kollege Schöni zum Thema Soziales hätte bringen können. Viele Leute hören nur die Hälfte, verstehen einen Viertel und erzählen das Doppelte. Bitte lehnen Sie diesen Antrag ab.

Lukas Auer, CVP/EVP: Ich kann eigentlich wiederholen, was mein Vorredner gesagt hat. Ich bin wirklich erstaunt, dass man wieder den Rasenmäher herausnimmt und unstudiert solche beschämenden Anträge stellt. Ich denke, Roland Schöni hat es beim Eintretensvotum noch gesagt. Er dankt den Verwaltungsangestellten für ihre Arbeit, möchte ihnen aber im Gegenzug keine Lohnerhöhung geben für Arbeiten, die sie wirklich mit Bravour machen. Ich denke, auch mit der längeren Arbeitszeit, die sie jetzt leisten müssen. Und da noch eine Bemerkung zu Pascal Ackermann mit deinem Wirtschaftszeug: Alles ist teurer geworden. Deine Krankenkasse ist teurer geworden. Meine ist teurer geworden. Auch die von jedem Parlamentarier. Die von jedem Stadtangestellten. Ich denke, diese 0.5 % tun uns nicht weh. Einfach als kleine Wertschätzung danke sagen. Ich hoffe, wir lehnen diesen Antrag ab.

Silke Sutter Heer, FDP/XMV: Darf ich Sie bitten, nochmals auf Seite 17 – die Seiten wurden als weiss bezeichnet, ich würde sie als grauweiss bezeichnen – nachzuschauen. Dort steht das zum Personalaufwand. Es wurde ein Antrag gestellt. Ich denke, er wurde gezielt nicht wahnsinnig vertieft begründet. Es wurde lediglich ganz pauschal in den Raum gestellt, dass das das falsche Signal an die Wirtschaft sein soll. Sibyllinisch verklausuliert. Ich verstehe nicht, was das bedeuten soll. Was das für ein Signal an die Wirtschaft sein soll. Es sollen sich die auch noch veräppelt fühlen. Das weiss ich nicht. Aber grundsätzlich geht es darum: Es ist für individuelle Lohnerhöhungen eine Anpassung von 0.5 % vorgesehen. Das heisst: Die individuellen Lohnerhöhungen wurden um 0.3 % gesenkt. Vorgesehen wären 0.8 %. Und nun hat der Stadtrat offenbar entschieden, dass für generelle Lohnerhöhungen 0.5 % vorgesehen sein sollen. Sprich, die Differenz ist sage und schreibe 0.2 %. Dies, nachdem wir am 1. Januar 2017 das Wohlwollen des Stadtpersonals schon auf die Folter gespannt haben bzw. angespannt haben. Es wurde die wöchentliche Arbeitszeit erhöht. Das steht alles auf Seite 17. Kein Argument wurde heute von der SVP zu diesem Antrag irgendwie auch nur fundiert ausgeführt. Dann steht ebenfalls auf dieser Seite, dass wir letztes Jahr eine Nullrunde gemacht haben. Null. Weder 0.5 noch 0.8 individuell noch irgendetwas generell. Und nun kommt dieser Antrag über das ganze Verwaltungspersonal, ohne dass man sich die Mühe nimmt und tatsächlich substantiiert irgendwie begründet, weshalb das denn so sein soll. Nach einer Nullrunde und einer Arbeitszeiterhöhung. Einzig der Hinweis, die Wirtschaft würde hier ein falsches Signal erhalten, wobei ich immer noch nicht weiss, welche Wirtschaft und was das falsche Signal sein soll. Es geht mir nicht darum, dass ich der Meinung bin, man kann nicht über so etwas diskutierte, aber wie soll denn irgendeiner von uns replizieren auf einen Antrag, der nicht einmal begründet wird? Wie sollen wir heute entscheiden über einen Antrag, der nicht begründet wird? Ist denn der Hintergrund ein komplett anderer? Auch das kann ich nicht beantworten, weil ich es einfach nicht weiss, weil das Ganze so mager daherkommt, dass es schlicht und einfach unwürdig ist, von uns überhaupt zu verlangen, dass wir heute darauf eine vernünftige Antwort finden. Und deshalb empfehle ich Ihnen ebenfalls, dass dieser Antrag abgelehnt wird.

Roland Schöni, SVP: Wir von der SVP-Fraktion sind uns natürlich bewusst, dass wir mit unseren Streichungen für generelle Lohnerhöhungen keine Lorbeeren einholen können. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen hier im Rat: Sie können dem Personal natürlich so auch Honig um den Mund schmieren. Warum sind wir in dieser Lage, dass wir seit Jahren hier immer so defensiv auf die Löhne schauen? Bezüglich Begründungen: Wir haben schon Begründungen, warum wir für diese Streichung sind. Die Begründung ist das Signal an die Wirtschaft: „Bezahlt allen eine generelle Lohnerhöhung“. Das wäre zum Beispiel eine Be-

gründung. Uns würde man wieder sagen, das sind populistische Voten, die man bringt. Die Stadt zahlt gute Löhne, rechte Löhne und es ist nicht gegen das Stadtpersonal gerichtet. Wir sind jetzt daran aufzuholen, eine neue Basis für unsere Finanzlage zu schaffen. Und es ist noch nicht alles in trockenen Tüchern. Wir wissen nicht, was noch alles kommt. Es geht nicht um Abschätzigkeit gegenüber dem Stadtpersonal. Es hat gute Leute wie überall. Sie machen ihre Arbeit korrekt und sauber, und den Leuten, die nicht korrekt arbeiten, muss man vielleicht einmal auf die Finger schauen. Aber nun zu den weiteren Begründungen: Wer bei der Stadt arbeitet, überhaupt beim Kanton oder beim Staat, hat eine sichere Arbeitsstelle. Das sage ich, der fast 40 Jahre lang beim Kanton gearbeitet hat. Mein Lohn war immer am 24. auf dem Konto, auch der 13. Ich musste mich nie fragen, ob es meine Firma in drei Jahren noch gibt. Die Stadt Arbon gibt es auch noch in 100 Jahren. Und das ist auch etwas wert: Eine sichere Arbeitsstelle. Wichtig ist vor allem auch eine gute Motivation bzw. ein gutes Team im Stadthaus unter den Mitarbeitenden. Und daran müssen wir noch arbeiten. Das ist vor allem auch ein Auftrag an den neuen Stadtrat. Die paar Franken, die wir den städtischen Angestellten nun wegnehmen oder nicht gewähren, sind nicht das Gros, sondern eine gute Arbeitsstelle und eine zufriedene Haltung, die wir auch gegenüber den Bürgern von der Verwaltung erwarten können. Diese Streichung der generellen Lohnerhöhung ist also kein Misstrauen an die Angestellten. Wer das zu verantworten hat, ist die fehlerhafte, die mangelnde Finanzpolitik der letzten Jahre. Das hat dazu geführt. Darum sind wir so elektrisch auf Lohnerhöhungen, Personal und alles. Das hat dazu geführt. Aber nochmals: Es geht darum, dass die städtischen Angestellten weiterhin ihren Lohn bekommen und eine gute Arbeitsstelle haben.

Stadtpräsident Andreas Balg, FDP: Es wurden wesentliche Punkte erwähnt. Wir haben es gehört: Die Lohnanpassungen der letzten Jahre waren stets zurückhaltend. Wir haben die Arbeitszeit erhöht. Wir hatten 2018 die Nullrunde. Hier weitere Kürzungen zulasten der Mitarbeitenden wären fehl am Platz und könnten zu mehr Schaden als Nutzen führen. Zudem würde die Stadt noch weiter an Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Ich habe Zahlen zum Vergleich mit der Wirtschaft dabei. Wir sind in einem Gremium "Regionale Wirtschaft – Arbeitgeberverbände", wo sich die Personalverantwortlichen treffen und auch die entsprechenden Lohnanpassungen des nächsten Jahres diskutieren. In den letzten Jahren und so auch dieses Jahr ist die durchschnittliche Entwicklung der Löhne zwischen 1 % und 1.5 %. Einzelne Firmen geben sogar etwas mehr. Das hängt natürlich mit der besonderen Situation zusammen. Deshalb sind wir mit 1 %, 0.5 generell, 0.5 individuell, an der unteren Grenze und weiterhin zurückhaltend.

Christine Schuhwerk, FDP/XMV: Da ich bei der Stadt angestellt bin, werde ich mich bei dieser Abstimmung meiner Stimme enthalten.

Abstimmung

Der Antrag der SVP, die generelle Lohnerhöhung von 0.5 % ist zu streichen, wird mit 7 Ja zu 18 Nein bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

011 Legislative

012 Exekutive

Seite 1 Konto 0120.3099.00 Übriger Personalaufwand

Pascal Ackermann, SVP: Ich möchte gern wissen, was mit diesen CHF 10'000 für Verabschiedung Stadträte gemacht wird oder was hier angedacht ist. Besten Dank für die Beantwortung meiner Frage.

Stadtpräsident Andreas Balg, FDP: In diesem Konto sind zum einen Beiträge für die Verabschiedung von Stadträten, zum anderen Teilnahmegebühren an Veranstaltungen bzw. Seminaren, Klausuren und Kursen enthalten. Vorsichtigerweise hat unsere Stadtschreiberin gemäss einem Stadtratsbeschluss aus dem Jahr 2003 die Regel oder einen Teil der Entschädigung Abschiedsgeschenke für Stadträte mitbudgetiert. Dieser beträgt CHF 100 pro Jahr. Es handelt sich um den Beschluss Nr. 46/03. Zusätzlich kann man diesem Beschluss entnehmen, dass für ein Abschiedsfest noch Wappenscheiben, Stiche und Festivitäten ausgerichtet wurden. Einem anderen Beschluss, der noch nicht so alt ist, kann ich entnehmen, dass für die Verabschiedung einer Person mehr als CHF 10'000 aufgewendet wurden. Wir haben uns an der einfachsten und bescheidenen Regel orientiert, dass wir gesagt haben, diese CHF 100 pro Stadtrat könnte ein sinnvoller Rahmen sein, wobei ich für meine Person diese CHF 100 nicht selbst behalte, sondern an eine gemeinnützige Institution in Arbon spenden werde. Einfach damit das Bild hier klar ist, hier sind wir deutlich bescheidener, zurückhaltender, auch aufgrund der finanziellen Situation, als die Vergangenheit das gezeigt hat.

021 Finanz- und Steuerverwaltung

022 Allgemeine Dienste, übrige

Seite 3 Konto 0222.3090.80 Aus- und Weiterbildungen

Pascal Ackermann, SVP: In den Bemerkungen wird eine Weiterbildung nach Neuanstellung aufgeführt. Ich möchte gern vom Stadtrat wissen, warum direkt nach einer Neuanstellung eine Weiterbildung nötig ist. Wurde hier eventuell kein Bewerber gefunden, der ins geeignete Profil passt oder wurde hier allenfalls als Antrittsgage oder als Antrittsgeschenk eine Weiterbildung versprochen?

Stadtrat Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Wir hatten in letzter Zeit in der Bauverwaltung einige Personalwechsel. Es gab Pensionierungen, es gab krankheitsbedingte Personalwechsel. Wenn nun jemand Neuer gefunden wird, der ungefähr in das Profil passt, welches wir ausgeschrieben haben, dann ist diese Person nicht mit allen Fähigkeiten bereits so à jour wie jemand, der zuvor während 20 Jahren diese Arbeit geleistet hat. Da sind gewisse Weiterbildungsmöglichkeiten nötig und wir meinen, das sei sinnvoll so. Es ist nicht so, dass wir grosse Schwierigkeiten hatten, Personal zu finden, aber man findet nicht Personal, das bereits vielleicht fünf Jahre oder so im selben Job gearbeitet hat. Gerade in der Bauverwaltung. Sie wissen vielleicht auch von Bauverwaltungen umliegender Gemeinden, wie schwierig es sein kann, geeignete Personen zu finden. Ich glaube, wir haben Glück gehabt und haben jetzt zwei, drei Personen gefunden, die sich sehr gut ins Team einarbeiten.

029 Verwaltungsliegenschaften, übriges

1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung

111 Polizei

Felix Heller, SP-Gewerkschaften-Juso: Eine Zusammenarbeit mit umliegenden Gemeinden ist begrüssenswert und sicherlich sinnvoll. Aber weshalb machen sich die Einsparungen, die damit angeblich erreicht werden, nicht im Budget bemerkbar? In der Erklärung des Stadtrats zur FGK-Frage, was Sinn der Zusammenarbeit sei, spricht der Stadtrat von gut CHF 6'000 Einsparungen. Weshalb bleibt der Betrag im Budget für die Kontrolle von Aussenanlagen durch Dritte dann gleich wie im Budget des Vorjahrs, nämlich bei CHF 70'000? Der Stadtrat spricht in der Antwort davon, dass es spürbar mehr Präsenz bei gleichbleibenden Kostendächern geben soll. Doch warum braucht es spürbar mehr Präsenz? 2017 nahm die Zahl der Straftaten im Kanton Thurgau zum vierten Mal in Folge ab. Im letzten Jahr wurden 11 % weniger Straftaten polizeilich registriert als 2016. Es gab weniger Diebstähle, weniger Einbrüche, die Zahl der Einbrüche hat sich in den letzten vier Jahren halbiert, weniger Raub, weniger Gewalt, weniger Straftaten gegen die sexuelle Integrität, weniger Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz, weniger Sachbeschädigung. In jedem anderen Bereich würde man bei einer solchen Faktenlage den Rotstift ansetzen. Warum nicht hier? Warum wird hier sogar noch leicht ausgebaut? Warum kontrollieren wir immer mehr, wenn immer weniger passiert? Ich werde keinen Kürzungsantrag stellen, zumal ich dem Sinn von Kosmetikanträgen von wenigen Tausend Franken skeptisch gegenüberstehe. Aber ich möchte den Stadtrat in die Pflicht nehmen, dass dieser Bereich in Zukunft auch einer kritischen Prüfung unterzogen und nicht vom Sparwillen ausgenommen wird.

Stadtrat Konrad Brühwiler, SVP: Wir hatten gestern per Zufall die Zusammenkunft zwischen den Schulbehörden der drei Primarschulgemeinden plus der Sekundarschulgemeinde und dem Stadtrat, und da ist genau das Gegenteil der Fall. Es gibt immer mehr. Es gibt immer mehr dunkle Ecken. Es gibt immer mehr Jugendliche in Schularealen, in öffentlichen Arealen und da braucht es genau diese Aufsicht von der Securitas. Der neue Verbund, der mit den Aussengemeinden geschaffen wurde, wird dafür sorgen, dass wir zu günstigeren Konditionen noch ein bisschen mehr Aufsicht betreiben können. Es zeigt sich, dass dort, wo immer wieder hingeschaut wird, wo immer wieder vorbeigegangen wird, wo immer wieder kontrolliert wird, die Vandalenakte, Sauereien etc. wesentlich kleiner sind. Wir verlassen uns auf unsere Statistik in Arbon und nicht auf die des Kantons oder des Bundes, sondern wir in Arbon machen gute Erfahrungen mit einer guten Aufsicht, deshalb werden wir auch in Zukunft ganz genau hinschauen und mit den Beträgen oder im Budget nicht herunterfahren.

140 Allgemeines Rechtswesen

Pascal Ackermann, SVP: Ich möchte gern vom Stadtrat wissen, wie sich die zusätzliche Lohnsumme von CHF 123'700 zusammensetzt. Aus unseren Unterlagen geht hervor, dass es sich hier um eine zusätzliche Sekretariatsstelle handelt. Mich dünkt CHF 123'700 für eine Sekretariatsstelle doch sehr hoch. Wäre für dieses Geld nicht gleich ein zusätzlicher Berufsbeistand oder eine Berufsbeiständin gefunden worden? Ebenfalls möchte ich wissen, ob es gleich wie im letzten Jahr ist, dass diese Person bereits schon rekrutiert ist oder ob man diesmal zu gewartet hat.

Stadtrat Hans Ulrich Züllig, FDP: Die behauptete Lohnerhöhung von CHF 123'700 für eine Sekretariatsstelle hätte sich bei etwas genauerem Hinschauen in den Unterlagen leicht selbst erklären können. Oder wenn man das anlässlich der Aussprache der FGK vorgebracht hätte, hätte man das auch schon klären können. Aber leider hat Ihre Fraktion da durch Abwesenheit gegläntzt. Diese Zahl bezieht sich nicht auf die Position des Kontos 3010, sondern auf die Lohnkonti des Bereichs 1408 Berufsbeistandschaft. Diese Auswahl beinhaltet jedoch auch die Aufwandposition Entschädigung für Pflegeeltern, nicht aber in dieser Position gegenüberstehende Einnahmepositionen, nämlich das Konto 1408.4216.22 Rückerstattungen Entschädigung Pflegekinder. Im Weiteren beinhaltet die Differenz auch die beschlossenen generellen und die individuellen funktionalen Lohnanpassungen. Für eine Sekretariatsstelle von 80 % wird je nach Alter und Qualifikation ein Lohn von ca. CHF 55'000 bezahlt. Gestatten Sie mir bei dieser Gelegenheit noch eine Anmerkung. Luzi Schmid. Wir brauchen den Gemeindevergleich Personal in der Berufsbeistandschaft nicht zu scheuen. Das ist Ihnen bekannt, die Zahlen wurden ausführlich dargelegt, Arbon ist Spitzenreiter in der Fallführung pro Mitarbeitende in der Berufsbeistandschaft. Und wie Sie wissen, werden Änderungen im Personaletat stets sorgfältig geprüft. Vorab von der Leitung des Sozialamts, dann im Stadtrat, dann nochmals ausführlich dokumentiert in der Aussprache mit der FGK. Im Jahresbericht 2017 zeigt Ihnen der Stadtrat ausführlich auf, dass die Verwaltungskosten pro Dossier in den vergangenen Jahren sukzessive reduziert werden konnten. Dies trotz steigender Anforderungen an die administrative Fallführung. Und externe Überprüfungen – das wird jetzt Roland Schöni nicht so gefallen, aber es ist so – attestieren dem Sozialamt Prädikate wie mustergültig und in jüngster Zeit sogar Vorzeigesozialamt. Meinen Sie nicht, dass damit gute Gründe vorliegen, dem Sozialamt oder ganz generell dem Stadtrat zu vertrauen, dass der Laden im Griff ist? Und Roland Schöni, denken Sie nach Ihren Ausführungen nicht, dass es einmal an der Zeit wäre, dass Sie die alte Drehorgel mal in die Ecke stellen und nur einmal einen konstruktiven, fassbaren Vorschlag einbringen, auf den ich seit nunmehr über sieben Jahre bei Ihnen warte? Ich sage Ihnen, die Verhandlung um den Lastenausgleich war mit dem von Ihnen mit Recht gelobten Jakob Stark nicht einfach. Aber er hat sich einem Dialog mit uns gestellt und hat unsere Argumente akzeptiert. Oder glauben Sie, dass die nunmehr über CHF 3.5 Mio. Mehrleistungen einfach als Mitleidsgeschenk verteilt worden sind? Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

150 Feuerwehr

161 Militärische Verteidigung

162 Militärische Verteidigung

Seite 10 Bereich 1620 Zivilschutz (Eigene Anlagen)

Luzi Schmid, CVP/EVP: Ob wir überhaupt noch eigene Anlagen haben, ist fraglich. Wir sind ja jetzt nach Amriswil orientiert. Es erstaunt doch sehr und ist erklärungsbedürftig, dass nach der Neugründung der Zivilschutzregion Oberthurgau die Ausgaben für Arbon gegen alle Erwartungen – man kann auch sagen Versprechungen – sehr viel höher ausfallen. Der Stadtrat wird ersucht, aufzuzeigen, wie das zustande gekommen ist. Aber noch mehr interessiert natürlich, was dagegen unternommen wird. Immerhin sprechen wir hier von fast CHF 100'000 Mehrausgaben bei Aufgaben, die zusammengelegt werden. In diesem Zusammenhang erlaube ich mir auch hinten bei der Investitionsrechnung, da haben wir CHF 330'000 für einfache Einstellhalle, die Frage, ob das mit dem Zivilschutz zu tun hat. Kann man auf diesen Betrag allenfalls verzichten?

Stadtrat Konrad Brühwiler, SVP: Auf den ersten Blick könnte ich der FGK und Luzi Schmid natürlich Recht geben. Doch wenn man genauer hinschaut und vor allem wenn man zurückschaut, stimmt der Vorwurf natürlich nicht. Gegenüber der Rechnung 2017 sind es lediglich CHF 29'000 Unterschied. Und jetzt der Blick zurück. Die Zivilschutzregion Arbon, das waren die Gemeinden Arbon, Egnach, Horn und Roggwil, operierte stets sehr kostengünstig. Das war zum Beispiel 2015 noch CHF 5 pro Kopf für die Bevölkerung in Arbon. 2016 waren es CHF 5.50. Mit der regionalen Lösung der Zivilschutzregion Oberthurgau ist es im kommenden Jahr ein wenig teurer, aber das sind Wellenbewegungen, die sich jeweils wieder ausgleichen. CHF 6.50 pro Einwohner im kommenden Jahr ist unter dem Schnitt der übrigen Zivilschutzregionen im Thurgau und trotzdem ist es natürlich das Ziel, 2020 wieder in die Nähe der Vorjahre zu kommen. Sie können mir glauben, der Vorstand der Zivilschutzregion Oberthurgau, aber auch alle Mitgliedsgemeinden, das sind diese zwölf Gemeinden im Oberthurgau, werden die Entwicklung im Auge behalten und werden uns ganz genau auf die Finger schauen.

3 Kultur, Sport und Freizeit

311 Museen und bildende Kunst

312 Denkmalpflege und Heimatschutz

Seite 13 Konto 3121.4470.03 Mietzins Restaurant Schloss

Lukas Auer, CVP/EVP: Offensichtlich hat der Stadtrat beschlossen, das Schlossrestaurant nicht mehr an einen Gastronomen zu verpachten. Erfahrungen haben gezeigt, dass dies nicht so einfach war oder ist. Neu kann man es punktuell an interessierte Private oder Gesellschaften vermieten. Unsere Frage an den Stadtrat speziell dazu: „Welche Erfahrungen konnten bereits aus diesem Geschäftsmodell gezogen werden und nach welchem Konzept wird diese Lokalität vermietet und unterhalten? Können diese CHF 20'000 jährlich effektiv erwirtschaftet werden?“

Stadtrat Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Für 2018 können wir auf diesem Konto rund CHF 19'000 Einnahmen verbuchen. Daneben stand das Schloss für diverse Veranstaltungen der Stadt zur Verfügung. Wir erreichen das Budgetziel nicht ganz. Ich weiss, dass wir da vermehrt Werbung machen müssen. Ich bin überzeugt, dass das ehemalige Schlossrestaurant ein idealer Platz ist für Hochzeiten, Hochzeitsaperos, 50. Geburtstage, 60. Geburtstage usw. Wir wollen in Zukunft die Werbung für diese Räumlichkeiten etwas verstärken, um dann auf diese Einnahmen von CHF 20'000 oder lieber CHF 25'000 zu kommen. Die Tarife, die da gelten, sind auf der Homepage ersichtlich. Betreut wird der Saal von unserer Schlossherrin und sie sorgt auch für den reibungslosen Ablauf.

321 Bibliotheken

329 Kultur, übrige

341 Sport

Seite 13 Konto 341.3632.06 Regionale Projekte Bereich Sport

Esther Straub, CVP/EVP: Es nimmt mich wunder, was man unter dem Begriff regionale Projekte im Bereich Sport versteht. Ist das nur das Winterwasser in Romanshorn oder sind da noch andere Projekte im Betrag von CHF 29'000 enthalten?

Stadtrat Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Der gesamte Betrag betrifft das Winterwasser in Romanshorn.

Seite 16 Konto 3417.4240.02 Strandbadeinnahmen

Rudolf Daepp, SVP: Der Sommer 2018 war ein ausserordentlich schöner Sommer mit sehr vielen Eintritten. Aus welchem Grund wurden 2019 CHF 10'000 mehr Eintritte budgetiert? Wir erachten das als sehr optimistisch. Bei einer zukünftigen Parkplatzbewirtschaftung trägt dies auch nicht unbedingt zu mehr Einnahmen bei Eintritten bei. Ich hätte zwar die Frage in der FGK stellen können, aber ich stelle sie jetzt halt hier.

Stadtrat Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Die Schwimmbadsaison 2018 war sehr gut. Die Einnahmen im Strandbad waren wesentlich über der budgetierten Position von CHF 110'000. Es stimmt, im nächsten Jahr haben wir dort etwas geringere Eintrittspreise, aber die Einzeleintritte sind nur ein Teil der Geschichte. Ein anderer Teil sind die Saisonabonnemente. Bei den Saisonabonnementen machen wir einen Split zwischen dem Schwimmbad und dem Strandbad. Wir durften im vergangenen Jahr wieder sehr viel Lob für das Strandbad einstreichen. Das Strandbadrestaurant hat sich auch äusserst positiv entwickelt, sodass ich eigentlich hoffe – und so positiv haben wir auch budgetiert –, dass die Eintritte im nächsten Jahr nicht zurückgehen.

Seite 17 Konto 3421.4240.01 Bewilligungs- und Nutzungsgebühren von Parkanlagen

Arturo Testa, CVP/EVP: Die im FGK-Bericht auf Seite 12 abgebildeten Zahlen zu den Nutzungsgebühren für das Konto warfen bei uns Fragen auf. Wir sehen hier die fünf wichtigsten Gebührenzahler und hierzu gleich die erste Frage. Können Sie uns die Zahlen für die WM-Lounge, die vom 14. Juni bis zum 15. Juli die Schlosswiese belegte, noch nennen? Weiter lassen die hier abgebildeten Zahlen keinen Rückschluss auf den Kostenschlüssel zu. Welche Faktoren werden wie gewichtet und wie verrechnet? Sind die Wasser-, Abwasser-, Stromkosten als Pauschale bereits enthalten oder werden diese nach Aufwand nachverrechnet? Werden die Kosten für die Wiederinstandstellung vom doch stark beanspruchten Rasen zusätzlich verrechnet oder muss dies der Veranstalter selbst organisieren und bezahlen? Auch der Unterschied vom Summerdays Festival zu den restlichen Veranstaltungen ist für uns nicht nachvollziehbar. Ist das dreifache der Kosten des Seenachtsfests zu tief oder zu hoch veranschlagt? Wir denken, dass diese Kosten in Bezug auf Fläche und Zeit, die diese beansprucht wird, eher zu klein sind. Könnte der Stadtrat dies bitte kurz erläutern?

Stadtrat Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Die Veranstalter der WM-Arena 2018 mussten für die Platzmiete eine Bewilligung von insgesamt CHF 3'900 bezahlen. Die Nutzungsgebühr richtet sich nach dem Gebührentarif. Während des Betriebs kostet die Platzmiete CHF 100 pro Tag, bei Auf- und Abbau CHF 50 pro Tag. Die Bewilligungsgebühr betrug CHF 50. Hier ist die Kategorisierung nicht eindeutig. Dazu ist noch zu sagen, dass in der Vergangenheit das Infocenter all das mit WM- und EM-Lounge organisiert hatte, dabei wurden gar keine Gebühren erhoben. Es wären also in diesem Jahr zusätzliche Einnahmen, die die Stadt macht. Ausschlaggebend für die Benützung dieser Flächen am See sind eben die Fläche, die einzelnen Bezirke, die Grösse, all dies ist im Gebührentarif festgelegt, der ebenfalls auf der Homepage aufgeschaltet ist. Ich verzichte hier darauf, die ganze Tabelle vorzu-

lesen. Wichtig für diese Gebühren ist auch die Verordnung zum SOR, die ebenfalls auf der Homepage gelesen werden kann. Wasser-, Abwasser- und Stromkosten werden von der Arbon Energie zusätzlich verrechnet. Das geht nicht über die Stadt. Falls eine Rasenfläche übermässig beansprucht wird und zusätzlicher Aufwand für den Werkhof entsteht, wird dies dem Veranstalter nachverrechnet. Mit dem Veranstalter des Summerdays Festivals wurde eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen. Die pauschale Nutzungsgebühr beträgt dort CHF 17'000. Gemäss Verordnung zum Gebührentarif mit all diesen Ansätzen käme man nicht auf CHF 17'000. Wir haben aber eine durchschnittliche Wiederaufbereitung des Geländes miteingerechnet und so eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen, die jeweils über mehrere Jahre gilt. In einem guten, trockenen Jahr bekommt die Stadt so zusätzliche Einnahmen, und wenn es einmal richtig schiffst, dann haben wir halt etwas mehr Aufwand für die Wiederherstellung des Platzes. Ich hoffe, die Fragen so richtig beantwortet zu haben.

Seite 17 Konto 3424.3110.00 Anschaffungen Mobilien, Maschinen, Geräte

Heinz Gyga, SVP: Wie man dem FGK-Bericht entnehmen kann, bewähren sich diese POD-Häuschen auf dem Campingplatz. Das ist sehr erfreulich. Die Auslastung im vergangenen Sommer soll zwischen 55 % und 70 % betragen haben. Nur wie wir alle wissen, war dies ein aussergewöhnlich schöner Sommer. Es ist daher keineswegs sicher, dass die Auslastung im nächsten Sommer erneut diese Höchstwerte erreichen wird. Die SVP-Fraktion möchte daher mit der Anschaffung weiterer POD-Häuschen zuwarten, bis auch die Auslastungszahlen eines schlechten bzw. eines durchschnittlichen Sommers vorliegen. Wir stellen daher den Antrag auf Streichung dieses Budgetpostens von insgesamt CHF 85'000.

Parlamentspräsident Riquet Heller, FDP/XMV: Ich nehme an, dass ich diesen Antrag noch schriftlich bekomme. Ich werde jetzt die Anträge sammeln, falls es zum gleichen Punkt noch weitere Fragen oder Anträge gibt.

Lukas Auer, CVP/EVP: Ich stelle nicht einen Antrag, aber eine Frage genau zum gleichen Konto zu diesen POD-Häuschen. Hier geht es gemäss schriftlicher Antwort des Stadtrats an die FGK um neue, zusätzliche POD-Häuschen auf dem Campingplatz. Soweit sind wir ja schon informiert. Könnten wir zusätzlich zu den in der Antwort aufgeführten Prozentauslastungen auch noch die Zahl der tatsächlichen Besuche und die Tage der jeweiligen Belegung erfahren? Weiter interessiert, was bei diesem Umsatz von CHF 25'000 für diese POD-Häuschen tatsächlich als Reingewinn anfällt. Wir haben diese zwei Fragen bereits im Voraus an Stadtrat Peter Gubser geschickt, damit wir hier eine detaillierte Antwort bekommen, was uns zum Antrag von Heinz Gyga mehr Informationen erschliesst.

Stadtrat Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich durfte bereits in der FGK detailliert Auskunft geben über die Benützung der POD-Häuschen im Camping. Die POD-Häuschen hatten wir in diesem Sommer das zweite Jahr in Betrieb. Die Steigerung der Benützung ist sehr erfreulich. Es hat sich langsam herumgesprochen, dass es in Arbon so etwas gibt und entsprechend war die Zunahme der Übernachtungen in diesen POD-Häuschen. Wir durften auch feststellen, dass in verschiedenen Presseerzeugnissen in Wort und Bild Reklame gemacht wurde für den Campingplatz Arbon. Ich verspreche mir, dass das in Zukunft auch noch mehr Übernachtungen bringt. Ich glaube, es ist ein Trend festzustellen zu mehr solchen Übernachtungsmöglichkeiten. Arbon ist nicht der einzige Ort, der solche Häuschen hat. Immer mehr Campingplätze bieten solche Häuschen an, und ich glaube, es gibt wirklich ein

Publikum dafür. Es gibt Interessenten und Interessentinnen für diese Art der Übernachtung, dass man, wenn man mit dem Velo unterwegs ist, kein Zelt mitschleppen will, eine einfache Übernachtungsmöglichkeit hat. Im Juli und im August hatten wir 90 Übernachtungen in diesen Häuschen. Es waren vier Häuschen. Sie können also daraus ersehen, dass jedes Häuschen zu 75 % ausgelastet war. Ich bin überzeugt, dass diese Auslastung im kommenden Jahr noch besser wird und ich bin auch überzeugt, dass das unabhängig von der Witterung ist. Das heisst, wenn es regnet, sind diese Häuschen noch attraktiver, als im Zelt im Nassen zu liegen.

Nun zu den Kosten. Wir haben in diesem Jahr mit diesen POD-Häuschen CHF 25'000 eingenommen. Die Reinigungskosten und die Kosten für Bettwäsche werden separat verrechnet. Von diesen CHF 25'000, die wir da eingenommen haben, muss man noch etwas für den Strom und vielleicht das Wasser abziehen. Aber ich denke, das sind keine grossen Beträge. Am Mehrumsatz partizipiert natürlich auch die Campingleitung, der Campingbetreiber, dort muss man noch mit einem Abzug von vielleicht CHF 5'000 rechnen, sodass man mit einem Nettogewinn von rund CHF 20'000 rechnen kann.

Im Budget haben wir für die Anschaffung weiterer vier POD-Häuschen CHF 65'000. Der Budgetposten ist CHF 85'000, aber das ist der Oberbegriff für diese Einrichtungen im Campingplatz. Für die POD-Häuschen sind es CHF 65'000. Wenn ich denke, dass wir pro Jahr CHF 20'000 netto einnehmen, sind diese Häuschen in drei Jahren amortisiert. Und ich glaube, das ist für Arbon ein gutes Geschäft. Wie der Campingplatz sich mit diesen POD-Häuschen entwickelt hat, finde ich höchst erfreulich.

Bei den Fragen, die teilweise schriftlich gestellt wurden, wurde auch noch gefragt, wer die nächsten POD-Häuschen erstellt und ob diese schon bestellt sind. Diese sind noch nicht bestellt, sondern wir warten natürlich die Budgetberatung und die Zustimmung zum Budget ab. Aber ich würde sehr gerne nochmals vier solche POD-Häuschen bestellen und ich glaube, es ist sinnvoll, dass wir sie am selben Ort vom selben Unternehmer bestellen. Die ersten vier POD-Häuschen sind deutsche Produkte, die wir über die Firma Glovital, die hier am Platz Arbon ist, bezogen haben. Wir würden die nächsten vier Häuschen ebenfalls auf dieselbe Art und Weise da bestellen. Ich bitte Sie, dieser Attraktivität des Campings zuzustimmen und auch dem Kredit von CHF 65'000 für diese Häuschen.

Heinz Gygax, SVP: Dass es sich für die Anschaffung der Häuschen nicht um CHF 85'000, sondern um CHF 65'000 handelt, wusste ich nicht. Deshalb ändere ich meinen Antrag auf CHF 65'000, bleibe aber dabei. Ich beantrage nach wie vor Streichung dieser CHF 65'000. Stadtrat Peter Gubser hat erwähnt, dass nicht der gesamte Betrag von CHF 85'000 für die Anschaffung der POD-Häuschen vorgesehen ist. Mir geht es darum, dass man mit der Erstellung weiterer POD-Häuschen zuwartet und im Moment keine neuen anschafft.

Stadtrat Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Das Konto 3424.3110 heisst Anschaffungen Mobilien, Maschinen, Geräte. Und in diesem Konto sind POD-Häuschen für CHF 65'000 untergebracht. Die restlichen CHF 20'000 sind für andere Mobilien, Maschinen und Geräte. Das finden Sie bei verschiedenen Einrichtungen, dass unter dem Konto Anschaffungen, Mobilien, Maschinen, Geräte ein Betrag eingesetzt ist, um da allenfalls kaputte Fahrzeuge oder Geräte zu ersetzen.

Abstimmung

Der Antrag von Heinz Gygax, bei Konto 3424.3110.00 den Betrag von CHF 85'000 um CHF 65'000 auf CHF 20'000 zu reduzieren, wird mit 6 Ja gegen 21 Nein abgelehnt.

Seite 18 Konto 3424.3144.00 Unterhalt Hochbauten

Pascal Ackermann, SVP: In diesem Konto sind CHF 15'000 für die Schrankenanlage aufgeführt. Wie ich informiert bin, ist das die Eingangsschranke beim Campingplatz. Nun würde mich interessieren, wie der Betrag von CHF 15'000 für den Unterhalt zusammenkommt. Muss diese Schranke eventuell ersetzt werden? Oder wie kommt man auf diesen Betrag? Als Vergleich ziehe ich die Schrankenanlage beim Hafen bei, dort sind CHF 18'000 für den Unterhalt budgetiert. Das kann man im FGK-Bericht auf Seite 15 nachlesen. Dort ist aber noch ein relativ aufwändiges Parkiersystem enthalten.

Stadtrat Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Die Schrankenanlage beim Campingplatz ist in diesem Sommer kaputtgegangen. Ich war eigentlich der Meinung, dass es da gar keine Schrankenanlage braucht und dass da eine Kette genügt. Von den Dauermietern und von Gästen, die zum Camping kamen, gab es aber Reklamationen wegen der fehlenden Schranke. Bei einer Besichtigung vor Ort, bei der genau abgeklärt wurde, was für eine Funktion diese Schranke überhaupt hat, musste ich mich überzeugen lassen, dass dort eine Schranke sinnvoll ist. Nach der Schwierigkeit mit der Schranke beim Hafendamm können Sie sich eben vorstellen, wieso ich skeptisch bin gegenüber Schranken. Aber das ist eine andere Schrankenanlage. Wir haben diese Schrankenanlage logischerweise noch nicht gekauft. Das ist ein budgetierter Betrag. Für diese Schrankenanlage sind auch gewisse neue Foundationen und Elektroinstallationen nötig. Es ist gut möglich, dass die Schlussrechnung für diese Schrankenanlage dann vielleicht bei CHF 12'000 liegt.

Pascal Ackermann, SVP: Ich stelle mir nun die Frage, ob das im Konto Unterhalt Hochbauten am richtigen Ort aufgeführt ist. Müsste das nicht eher ins Konto 3424.3110.00 Anschaffungen Mobilien, Maschinen und Geräte?

Stadtrat Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Die Schrankenanlage ist nicht eine Moblie, die ist fest verschraubt und demzufolge wie ein Gebäude zu behandeln. Darum glaube ich, ist sie in diesem Konto am richtigen Ort, ausser Mischa Vonlanthen würde mich da korrigieren.

4 Gesundheit

412 Kranken, Alters- und Pflegeheime

421 Ambulante Krankenpflege

Seite 19 Konto 4210.3634.02 Beitrag an Spitex RegioArbon

Luzi Schmid, CVP/EVP: Die CVP/EVP-Fraktion hat zu diesem Konto eine Frage bzw. eine Anmerkung. Wir haben beim Eintreten schon gehört, dass das Gesundheitswesen – hier sprechen wir vom ambulanten Gesundheitswesen – doch ziemlich Geld kostet und Aufwand bereitet und immer zunimmt. Dann hat die FGK an den Stadtrat eine Frage gestellt, diese

wurde beantwortet. Daraus hat die Fraktion eine Frage bei den ergänzenden Überlegungen. Da wird von geringer Produktivität wegen ineffizienten Betriebsstrukturen geschrieben. Es wird auch gesagt, dass die zuständigen Stellen keine Chance haben, bei den Vereinen durchzudringen und schlankere Organisationen zu erreichen. Unsere Frage an den Stadtrat: Hätte man als drittgrösste Stadt im Kanton Thurgau nicht andere politische Möglichkeiten gehabt, mit anderen Gemeinden zusammen diese Frage zu klären und diese Ineffizienz allenfalls korrigieren zu können, dass vom Kanton vorgegeben wird, wie diese Strukturen aussehen müssen? Es geht natürlich immer um sehr viel Geld und ich verstehe auch, dass die regionale Solidarität spielen muss. Aber wir sind hier natürlich auf die Vereine angewiesen und das kann nur der Gesetzgeber lösen. Ich wäre froh, wenn wir da noch eine Antwort bekommen, ob hier mit dem Kanton, mit anderen Gemeinden zusammen etwas unternommen wird.

Stadtrat Hans Ulrich Züllig, FDP: Vielen Dank für diese Frage. Ich möchte hier potenziellen Missverständnissen vorbeugen. Die Gründe für die Kostenentwicklung in der ambulanten Pflege liegen nicht in einer ineffizienten Betriebsführung und schon gar nicht in der Region Arbon. Die Gründe liegen in anderen Entwicklungen wie den steigenden Anforderungen an die Pflege und die verwaltungstechnische Fallführung, einer spürbaren Knappheit an verfügbarem Fachpersonal mit entsprechenden Lohnsteigerungen, die wir feststellen. Aber allem voran in der gesundheitspolitischen Zielsetzung von ambulant vor stationär. Eine Entwicklung, über die wir uns eigentlich freuen können, wissen wir doch, dass hier eine Struktur aufgebaut und gestärkt wird, die uns auch im Alter eine gute Versorgung und Betreuung gewährleistet. Die Strukturen der mit dieser Veränderung ins Zentrum der Versorgung gerückten Spitexvereine stammen aber aus einer Zeit, als die Versorgung noch von Krankenhäusern und zum Grossteil in den Familienverbänden ländlicher Strukturen abgedeckt wurde. Derzeit haben wir 15 Vereinsorganisationen für ein Versorgungsgebiet im Kanton Thurgau von rund 285'000 Einwohnern. Das gibt Ihnen schon einen Blick in die Kleinstrukturiertheit. Nun, was kann ein Stadtrat in einem extrem politisch regulierten Umfeld mit einer Stimme im Vorstand eines privatrechtlich organisierten Vereins unternehmen? Er kann nur sein Augenmerk darauf richten, wo mit der Erstellung der Leistung noch Optimierungspotenzial besteht. Wir reden also nur vom administrativen Aufwand, der bei der Spitex derzeit rund 20 % der Betriebsleistung von rund CHF 4.3 Mio. darstellt. Dabei fällt auf, dass die Verwaltung jeder einzelnen Organisation sich im Verwaltungsbereich naturgemäss mit gleichartigen Aufgaben beschäftigt, welche durchaus durch eine zentrale Verwaltung übernommen und mittels moderner Führungs- und Informationstools effizient den einzelnen operativen Einheiten zur Verfügung gestellt werden können. Der Stadtrat hat dieses Anliegen im Verein selber, aber auch in dessen Dachverband vorgetragen. Im Weiteren hat er beim VTG, der Vereinigung Thurgauer Gemeinden den Antrag eingebracht, durch eine Kooperation zum Beispiel mit einer Fachhochschule vorerst einmal das Potenzial abzuklären, wie viel Fleisch da am Knochen wäre. All die Vorstösse stiessen auf taube Ohren mit generellem Unterton oder sogar explizit an einer Stelle, der Druck müsste von der Basis kommen. Und jetzt wird es schwierig. Wie soll der Druck aufgebaut werden, wenn die Gemeinden klaglos das Defizit abdecken? Traditionen haben ein enormes Beharrungsvermögen. Und der Gemeindeföderalismus wird bei uns immer noch als heilige Kuh hochgehalten. Der Stadtrat hat auch in seinem Jahresbericht diese Problematik thematisiert. Er ist der Ansicht, dass er die Möglichkeiten in seinem direkten Einflussbereich ausgeschöpft hat. Derzeit konzentrieren wir uns daher auf die politischen Kanäle, um deren Vertreter für diese Thematik zu sensibilisieren. So haben wir auch die Gelegenheit der Aussprache mit der FGK genutzt, wohl im Wissen darum, dass dort Vertreter

des Kantonsrats Einsitz haben. Wenn eine neue Form der Kostenverteilung zwischen Gemeinden und Kanton diskutiert wird, so muss man sich bewusst sein, dass dies zwar aus Gemeindesicht begrüssenswert ist, jedoch eine Massnahme am Symptom, aber nicht an dessen Ursache darstellt. Mein Fazit: Der Ball liegt nun hier bei den politischen Vertretern im Kantonsrat.

431 Alkohol- und Drogenprävention

432 Krankheitsbekämpfung, übrige

434 Lebensmittelkontrolle

5 Soziale Sicherheit

511 Krankenversicherung

512 Prämienverbilligungen

524 Leistungen an Invalide

531 Alters- und Hinterlassenenversicherung AHV

533 Leistungen an Pensionierte

534 Wohnen im Alter (ohne Pflege)

535 Leistungen an das Alter

543 Alimentenbevorschussung und –Inkasso

544 Jugendschutz

Seite 22 Konto 5440.3614.00 Beitrag an Tagesschule

Stadtrat Hans Ulrich Züllig, FDP: Der Stadtrat beantragt Ihnen, diese Position um CHF 75'000 auf insgesamt CHF 115'000 zu erhöhen. Dieser Antrag begründet sich wie folgt: Zum einen entfällt im neuen Betriebsjahr die dreijährige Anschubfinanzierung des Bundes. Dieser Faktor mit rund CHF 35'000 ist uns bei der Budgetierung schlichtweg untergegangen. Ich muss dies auf meine Kappe nehmen und bitte um Ihr Verständnis. Die weitere Differenz ist begründet, dass die Nachfrage des neuen Angebots die Erwartungen weit übertroffen hat. Das bestärkte dann auch den Entscheid der PSG, dieses Angebot auch auf das Bergglischulhaus auszuweiten. Wir haben das nicht budgetiert, weil die Budgetbesprechung mit der PSG erst zum Zeitpunkt stattfand, an dem der Stadtrat die Schlusslesung des Budgets bereits vorgenommen hatte. Die Lehre, die wir daraus ziehen, ist, dass wir künftig diese Aussprache vor der 2. Lesung durchführen werden. Auch hier bitte ich Sie um Verständnis. Die PSG hat den Mehraufwand in gleichem Mass ins Budget auf- und angenommen. Der Stadtrat beantragt Ihnen, diesem Mehraufwand für einen klassischen Gemeinschaftsauftrag von Gemeinde und Schule Ihre Zustimmung zu erteilen.

Parlamentspräsident Riquet Heller, FDP/XMV: Vielen Dank für diese Ausführungen, die sich sowohl von der Nachfrage als auch von der Ehrlichkeit her begründen lassen. Sie finden den schriftlichen Antrag im Bericht der FGK auf der Seite 14. Werden weitere Anträge gestellt?

Ich stelle fest, gegen den Antrag des Stadtrats wird keine Opposition gemacht, demzufolge ist er gutgeheissen.

545 Leistungen an das Alter

559 Arbeitslosigkeit

550 Sozialer Wohnungsbau
572 Wirtschaftliche Hilfe
573 Asylwesen

6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung
613 Kantonsstrassen, übrige
615 Gemeindestrassen
619 Strassen, übrige
621 Öffentliche Verkehrsinfrastruktur
622 Regional- und Agglomerationsverkehr
629 Öffentlicher Verkehr, übriges
631 Schifffahrt

7 Umweltschutz und Raumordnung
720 Abwasserbeseitigung
730 Abfallwirtschaft
741 Gewässerverbauungen
750 Arten- und Landschaftsschutz
769 Übrige Bekämpfung von Umweltverschmutzung
771 Friedhof und Bestattung
790 Raumordnung

8 Volkswirtschaft
813 Produktionsverbesserung Vieh
814 Produktionsverbesserung Pflanzen
820 Forstwirtschaft
830 Jagd und Fischerei
840 Tourismus und Marketing

Seite 34 Konto 8400.3130.40 Standortmarketing

Heinz Gyga, SVP: Im Konto 8400.3130.40 sind für das Standortmarketing CHF 40'000 budgetiert. CHF 20'000 sind für eine Bevölkerungsbefragung im Frühling 2019 vorgesehen. Die SVP-Fraktion fragt sich, warum der Stadtrat in alter Besetzung die Bevölkerung noch befragen will. Bekanntlich wird dieser in der neuen Legislatur neu zusammengesetzt. Gerne verweise ich ausserdem noch auf das Projekt "Sag wie", wo sich viele Bürgerinnen und Bürger beteiligt haben. Eigentlich müssten der Stadtrat und alle in der Verwaltung nun wissen, wo der Schuh bei unseren Bürgerinnen und Bürgern drückt. Aus unserer Sicht macht dies wenig Sinn. Was der jetzige Stadtrat zuwege gebracht hat, soll er noch möglichst gut zu Ende bringen, und zwar ohne eine erneute Befragung, die obendrein noch teuer ist. Auch der neue Stadtrat wird sich 2019 erst einarbeiten müssen, bis die Leute dessen Leistungen bewerten können. Eine Volksbefragung macht also erst Sinn, wenn beim neuen Stadtrat die Konturen seines Schaffens sichtbar werden. Geben wir ihnen diese Zeit. Eine Volksbefragung in der Übergangszeit ist unnütz. Wir beantragen daher, keine Bevölkerungsbefragung für das Jahr 2019 vorzusehen und den Budgetposten von CHF 40'000 um CHF 20'000 zu kürzen.

Stadtpräsident Andreas Balg, FDP: Wenn wir sicherstellen wollen, dass die Arbeit des Stadtrats auch nahtlos fortgeführt wird und nicht zu grosse Lücken entstehen, dann gibt es verschiedene Aktivitäten, die über die Legislatur hinaus laufen müssen. Die beschlossene Bevölkerungsbefragung hat die Idee, dass mit der Befragung im Frühjahr und den Resultaten der neue Stadtrat die Erkenntnisse in das neue Legislaturprogramm aufnehmen kann. Der Nutzen ist also nicht für den alten Stadtrat, sondern für den neuen. Wenn man weiss, wie viel Zeit ein neues Legislaturprogramm in Anspruch nimmt, ist es wahrscheinlich gut, wenn vorweg schon die eine oder andere Aufgabe gelöst ist. Es ist ein Angebot, das muss nicht angenommen werden. Vielleicht können sich ja auch noch angehende Stadträte oder Stadtpräsidenten dazu äussern.

Abstimmung

Der Antrag von Heinz Gygax, beim Konto 8400.3130.40 Bevölkerungsbefragung um CHF 20'000 auf CHF 20'000 zu kürzen, wird mit 7 Ja gegen 20 Nein abgelehnt.

Seite 34 Konto 8400.3636.00 Infocenter

Lukas Auer, CVP/EVP: Ich habe eine allgemeine Frage zum Infocenter. Wir wissen aus sehr guten Quellen, dass erste Gespräche stattgefunden haben. Wird das Tourismuskonzept uns einmal vorgestellt? Gibt es bereits Infos, welcher der Stadtpräsident uns geben kann? Gibt es schon ein Konzept? Kommt die Katze aus dem Sack? Wann erfahren wir etwas? Was läuft in Arbon betreffend Infocenter? Können wir hier schon Infos haben?

Stadtpräsident Andreas Balg, FDP: Ich habe ein Referat vorbereitet, ich erkläre ihnen nun in zwei Stunden, wie das Tourismus-Infocenter künftig vielleicht funktionieren könnte. Ich verstehe, und die Frage ist gewiss auch berechtigt, aber sicher nicht hier an dieser Budgetsitzung. Hier geht es um finanzielle Kostenbeiträge oder Optimierungen und es ist sicher nicht der richtige Ort. Dennoch vielleicht zwei oder drei Aussagen. Es gibt natürlich Konzeptpapiere. Diese gibt es schon länger. Sie werden noch verfeinert. Es gibt ein regionales Tourismus-Produktmanagement-Konzept für den Oberthurgau als Pilotprojekt. Es gibt ein Projekt für die Gästeinformationen ebenfalls im Oberthurgau und es gibt von anderen Regionen im Thurgau Interesse, sich auch an dieser Entwicklung zu beteiligen und auch ein ähnliches Modell umsetzen zu können. Das Ganze dauert etwas lange. Es ist auch sehr aufwendig, weil Bund, Kantone, Ämter, Wirtschaftsförderung, Thurgau Tourismus, Leistungsträger, Gemeinden – und das nicht nur einzelne, sondern viele – einbezogen sind. Deshalb ist es auch sehr anspruchsvoll, das Ganze so zu entwickeln und letztendlich dann auch von diesen Partnern finanzieren zu lassen. Wir haben aktuell die Zustimmung für das Pilotprojekt von Bund und Kanton. Die Zustimmung der Oberthurgauer Gemeinden sollte jetzt bald diskutiert und abgeschlossen werden können. Am 6. Dezember ist die Information der Leistungsträger mit Arbon Tourismus, die ja direkt betroffen sind. Weil es eine Leistungsverchiebung gibt, sind wir intensiv im Gespräch und hatten wir kürzlich, d. h. Montag vor einer Woche einen intensiven Austausch, wo auch Thurgau Tourismus mit dabei war und wo sich alle gegenseitig genau zuhören konnten, was die einzelnen Positionen sind und wie sie allenfalls dann optimal zusammengeführt werden können. Und jetzt gebe ich Ihnen noch eine Antwort, die wohl zum Budget passen könnte. Wenn denn das Ganze so kommt und die Leistungsträger und die Gemeinden alle ihre Leistungszusagen für eine finanzielle Beteiligung machen, wie sieht das dann aus im Budget ganz konkret? Es könnte durchaus sein, dass der Stadtrat

einen Nachtragskredit sprechen muss. Aus heutiger Sicht ist es eine grobe Schätzung und noch vage, der Betrag dürfte sich etwa bei CHF 25'000 für die Pilotjahre 19 und 20 bewegen.

850 Industrie, Gewerbe, Handel

9 Finanzen und Steuern

910 Steuern

930 Finanz- und Lastenausgleich

950 Ertragsteile, übrige

961 Zinsen

963 Liegenschaften im Finanzvermögen

971 Rückverteilungen aus CO2-Abgabe

995 Neutrale Aufwendungen und Erträge

999 Abschluss

Investitionsplan

Finanzvermögen

Seite 1 Konto 1084.10 Restaurant Strandbad

Lukas Auer, CVP/EVP: Beim Restaurant Strandbad ist zu bemerken, dass doch sehr grosse Investitionen getätigt worden sind und getätigt werden und ob sich das auf die Pachtzinseinnahmen positiv auswirken wird. Immerhin werden durch die geplanten Investitionen fast vier Jahrespachtzinsen verschlungen. Für uns stellen sich hier folgende fünf Fragen: 1. Ist es richtig, dass der Umbau schon begonnen hat, wenn ja warum? 2. Werden sich die Öffnungszeiten nach dem Umbau verändern? 3. Wie werden die Handwerkeraufträge vergeben? 4. Sind die sanitären Anlagen (WC aussen) winterfest? 5. Haben die grossen Investitionen Auswirkungen auf den Pachtzins? Auch diese fünf Fragen haben wir dem Stadtrat bereits vorgängig zugestellt und freuen uns auf die Beantwortung.

Stadtrat Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Das Strandbadrestaurant hat sich im letzten Sommer sehr erfreulich entwickelt. Wir sind mit dem neuen Pächter, der Firma Mutzner sehr zufrieden. Dank des schönen Wetters und ich glaube auch dank des guten Einsatzes des Personals der Firma Mutzner konnte auch ein sehr guter Umsatz verzeichnet werden. Der Umsatz im vergangenen Jahr im Strandbadrestaurant Arbon lag bei CHF 1.2 Mio. Der Mietzins ist wie folgt geregelt: Bis zu CHF 1 Mio. beträgt der Pachtzins 8 %, über CHF 1 Mio. beträgt er noch 5 %. Das heisst, wir haben in diesem Jahr durch den Pachtzins rund CHF 90'000 eingenommen.

Bereits in diesem Jahr konnten wir von einem Teilumbau profitieren. Wir haben im letzten Frühjahr die ganze Kühlanlage ersetzt, die sehr alt war. Wir haben Glück gehabt mit diesem heissen Sommer. Ich bin überzeugt, wenn wir die Kühlanlage nicht ersetzt hätten, wäre sie irgendwann im Juli ausgestiegen. Das wäre die dümmste Variante gewesen. Jetzt steht natürlich auch die Frage im Raum, wann das Strandbadrestaurant zum letzten Mal einer grösseren Renovation unterzogen wurde. Mischa Vonlanthen konnte mir nur sagen, dass das seit 2003 nicht der Fall war, also fand vermutlich im letzten Jahrtausend eine grössere Renovation statt. Und wer etwas Einblick in Gastronomiebetriebe hat, der weiss, dass es von

grosser Wichtigkeit ist, die Einrichtungen von Zeit zu Zeit wieder neu aufzustellen. Das geht nicht wie bei einer Mietwohnung nach 25 oder 30 Jahren, sondern das muss innert kürzerer Zeit geschehen. Dies als kleiner Vorspann zur Situation im Strandbad.

Jawohl, wir haben mit dem Umbau, der in diesem Winter vorgesehen ist, bereits begonnen. Wir haben Arbeiten jetzt vergeben mit Krediten, die noch für 2018 bestanden. Es ist nötig, diese Arbeiten jetzt nach Schliessung des Lokals ganz zügig an die Hand zu nehmen, damit im Frühjahr auch wieder frühzeitig geöffnet werden kann. Das Ziel von Herrn Mutzner und Frau Eggenberger ist die Eröffnung am 1. März. Das ist sehr ehrgeizig. Wir hoffen, dass wenigstens bis Mitte oder Ende März die Umbauarbeiten erledigt werden können. Bei der Fragenbeantwortung der FGK haben Sie gesehen, was alles umgebaut werden muss. Die Öffnungszeiten werden nach dem Umbau nicht in grossem Stil ändern. Es wird kein Winterbetrieb möglich sein, denn in diesem denkmalgeschützten Gebäude ist es nicht möglich, die Einfachverglasung zu ersetzen. Aber bei diesem Umbau werden wir jetzt all diese Einfachverglasungen neu abdichten und damit wird der Luftzug in diesem Gebäude minimiert. Wir hoffen, auf diese Art und Weise, dass der Betrieb im Strandbad Restaurant auch inskünftig bereits Anfang März beginnen kann und nicht Ende September endet, sondern vielleicht erst im Lauf des Novembers. Das bringt dann mehr Umsatz und mit diesem Umsatz mehr Einnahmen für die Gemeinde. Die Aufträge für diese Umbauarbeiten werden wie üblich verteilt. Bis zu CHF 20'000 können Sie frei vergeben werden. Ich habe heute einen Auftrag für Elektrikerarbeiten für die Firma Hodel unterschrieben. Damit ist auch die Frage beantwortet, ob da nun hauptsächlich auswärtige Betriebe zum Zug kommen. Nein, wir versuchen, dass nach Möglichkeit Arboner Betriebe von diesen Umbauarbeiten partizipieren können. Beim Aussen-WC weiss ich nicht genau, welches WC du meinst. Ein Aussen-WC ist eigentlich eines, das von der Strasse her benutzbar ist, aber das WC beim Strandbad ist im Gebäude drin. Das Gebäude hat eine Heizung, aber das ist nicht eine sehr starke Heizung, aber es genügt, um die Temperatur gewissermassen zu überschlagen, damit das Wasser nicht einfriert. Die letzte Frage nach dem Pachtzins habe ich beantwortet. Ich hoffe so, alle Fragen beantwortet zu haben und ich freue mich eigentlich, dass das Strandbad nach diesem Facelifting, dass wir ihm jetzt verpassen möchten, im kommenden Frühjahr in neuem Glanz erstrahlt und dann noch mehr Arbonerinnen und Arboner sich dort zufrieden auf der Terrasse verpflegen können.

Verwaltungsvermögen

0 Allgemeine Verwaltung

1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung

Seite 1 1500.5040 und 1500.6310 Mehrzweckgebäude (Sicherheitsbund)

Stadtrat Konrad Brühwiler, SVP: Damit kann ich nun auch die zweite Frage von Luzi Schmid beantworten. Er hat das Gebäude beim Feuerwehrdepot angesprochen. Es handelt sich dabei um die Feuerwehr und nicht um den Zivilschutz, aber der Zivilschutz ist insofern involviert, dass eigentlich geplant war, einen Teil dieses neuen Sicherheitsgebäudes dem Zivilschutz zu vermieten. Man weiss, der Zivilschutz ist jetzt in Amriswil domiziliert. Amriswil hat ein Sicherheitszentrum der Feuerwehr gebaut, die haben das schon. In der Kommission war man sich eigentlich immer einig, der Entscheid, wo das Material gelagert werden soll, muss auf der Stufe Stab bzw. Kommandant passieren. Wenn der Kommandant sagt, es

macht am meisten Sinn, wenn ich alles Material zentral beisammen habe, dann ist das eine andere Ausgangslage, als wenn er sagen würde, wir wollen das Material dezentral in Romanshorn, Arbon und Amriswil deponieren oder lagern. Der Entscheid des jetzigen Kommandanten ist klar und eindeutig in eine zentrale Lagerung gefallen, deshalb ist im Moment Amriswil am Zug. Das kann sich wieder ändern, aber für Arbon heisst das ganz klar, dass der Zivilschutz als Mieter dieses Gebäudes wegfällt. Damit ist irgendwo auch die Daseinsberechtigung eines neuen Gebäudes infrage gestellt. Deshalb müssen wir dieses Projekt im Moment sistieren. Das Land gehört der Feuerwehr. Das heisst nicht, dass auf diesem Land nicht irgendwann, wenn die Feuerwehr das braucht, etwas erstellt werden kann. Aber im Moment ist diese Sistierung wirklich notwendig. Deshalb beantrage ich, diesen Betrag von CHF 330'000 zu streichen.

Parlamentspräsident Riquet Heller, FDP/XMV: Ich nehme an, das bezieht sich auch auf die Subvention, die wir erhalten hätten.

Stadtrat Konrad Brühwiler, SVP: Diese fällt dann auch weg.

Abstimmung

Der Antrag des Stadtrats wird einstimmig angenommen.

Stadtpräsident Riquet Heller, FDP/XMV: Ich muss mich bei Ihnen entschuldigen. Wenn ein Antrag des Stadtrats vorliegt, wo keine Opposition gemacht wird, ist er eh genehmigt, demzufolge war unsere Abstimmung für die Katz. Ich bitte Sie um Entschuldigung.

3 Kultur, Sport und Freizeit

Seite 1 Konto 3414.5040 Sportplatz Stacherholz

Rudolf Daepf, SVP: Grundsätzlich sind schöne, praktisch zu reinigende WC-Anlagen eine gute Sache. Ich habe eine Frage dazu. Wo wird diese Anlage gebaut? In der Stacherholz-Sporthalle hat es schon für Schulen, Vereine und Sportanlagen drei von aussen zugängliche WC-Anlagen. Wir finden es zum jetzigen Zeitpunkt nicht erste Priorität, diese Anlagen zu bauen. Müsste hier nicht eine verursacherorientierte Lösung gesucht werden? Bessere Nutzung der WC-Anlagen, andere Sportanlagen wie Tennis, Pferde und Boccia unterhalten und bauen ihre Anlagen auch selber. Wir beantragen eine Verschiebung dieser CHF 150'000 auf spätere Jahre, wenn dies abgeklärt ist. Ich habe dazu einen Antrag formuliert.

Parlamentspräsident Riquet Heller, FDP/XMV: Dieser Antrag liegt schriftlich vor. Ich sammle jetzt die Anträge unter diesem Kapitel 3 Kultur, Sport und Freizeit und warte auf weitere Voten und Fragen und Anträge.

Konto 3121.14.6040 und 3121.14.6310 Stadtmauer beim Schloss

Stadtrat Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich habe einen weiteren Antrag unter diesem Kapitel. Ich muss diesen Antrag hier stellen, da in der FGK keine Beschlussfähigkeit möglich war. Die Arbeiten an der Schlossmauer hätten nach meinem Willen eigentlich in diesem Jahr beendet werden sollen. Das war aber nicht möglich, weil ab bestimmten Tempera-

turen diese Art Mörtel nicht mehr verwendet werden kann. So gibt es eine Verschiebung von 2018 auf 2019. Im Jahr 2018 ist nicht mit CHF 980'000 zu rechnen, sondern nur mit CHF 620'000. Dafür wird es im Jahr 2019 noch Ausgaben von CHF 270'000 geben. Das wären dann etwa CHF 100'000 weniger als ursprünglich erwartet. Die Rückerstattung des Kantons wird auch nicht mehr dieses Jahr, sondern im kommenden Jahr eintreffen. Darum bitte ich Sie, diese CHF 700'000 als Einnahme ins Budget 2019 zu übertragen. Die Zusicherung von CHF 400'000 haben wir bereits vom Kanton. Die Auszahlung erfolgt allerdings erst im Januar. Im Lauf des Jahres wird dann die Schlussrechnung gemacht, dann ist die Restzahlung des Kantons fällig, sodass wir erwartungsgemäss auf diese CHF 700'000 Rückzahlung kommen sollten.

Ich möchte noch auf die Frage von Rudolf Daepf antworten. Diese WC-Anlage beim Sportplatz Stacherholz wird ausgesprochen auch auf Wunsch der Sekundarschulgemeinde geplant. Wir bezahlen zwar einen Drittel der Unterhaltskosten, betrieben wird die Anlage allerdings von der Sekundarschulgemeinde und diese hat sich immer wieder über Verunreinigungen durch Benützer der Aussenanlagen bei den WC-Anlagen der Sporthalle beklagt und hat dort auch ein neues Schliesssystem eingeführt, um künftig zu vermeiden, dass diejenigen, die auf den Aussenanlagen sind, auch die WCs in der Sporthalle benützen. Ich finde, es sei keine Alternative, einfach kein WC zur Verfügung zu stellen. Ich bin der Meinung, bei einer so grossen und bedeutenden Sportanlage sei es wichtig, dass sich dort auch eine anständige WC-Anlage befindet. Wir haben mit der WC-Anlage hier hinter dem Seeparksaal sehr gute Erfahrungen gemacht. Ich glaube, die Sportbegeisterten auf diesem Areal schätzen diese WC-Anlage und ich fände es angebracht, dass es auch dort auf dem Sportplatz eine solche Anlage gibt. Rudolf Daepf, du hast noch gefragt, wo die denn genau hinkomme. Du erinnerst dich vielleicht, vor zwei oder drei Jahren gab es dort so einen kleinen Skaterpark dem Weg entlang zu den Fussballplätzen. Diese sind jetzt weg und etwa dort führt auch die Abwasserleitung unterirdisch durch, darum sollen die WC-Anlagen dort erstellt werden, um so minimale Zuführungskosten zu generieren. Ich bitte Sie, diesem Betrag für die neue WC-Anlage im Stacherholz zuzustimmen. Mir ist es lieber, die Leute benützen eine solche öffentliche Toilette als irgendwelche Büsche oder Bäume dort in der Umgebung. Wir hatten früher eine öffentliche WC-Anlage an der St. Gallerstrasse neben dem Forsthaus. Diese Anlage ist nicht mehr betriebsfähig. Abklärungen haben ergeben, dass die Wiederaufbereitung der Anlage dort etwa ebenso viel kosten würde wie diese neue Anlage. Und es ist dann fraglich, ob diejenigen, die auf dem Sportplatz sind, die WC-Anlage dort an der St. Gallerstrasse benützen würden.

Roland Morgenegg, FDP/XMV: Stichwort WC-Anlage: Die Sekundarschule ist angesprochen, bei welcher ich das Amt des Bauverwalters innehave. Es ist so, wie Stadtrat Gubser gesagt hat, dass wir das Anliegen hatten, dies extern zu lösen. Eigentlich ist es speziell, dass die Stacherholzanlage schon längst eine Anlage haben sollte, denn sämtliche Sportanlagen in Arbon haben ja eine. Stachen hat eine, der Schöntalplatz hat eine, beim Seeparksaal haben wir eine externe WC-Anlage und die grösste Sportanlage hat keine. Also ist es kein Luxus, diesen Mangel nachzubessern, wenn man so sagen will. Des Weiteren bin ich auch erstaunt, dass man meint, man könne ein Schulgebäude, ob Schulhaus oder Sportanlage, die lediglich 40 Wochen pro Jahr in Betrieb ist, zum öffentlichen WC machen. Eine öffentliche WC-Anlage wird 52 Wochen betrieben. Zumal die WC-Anlagen in einem Schulgebäude logistisch für die interne Nutzung ausgebaut und geplant ist und überhaupt nicht tauglich ist für eine öffentliche WC-Anlage. Öffnungszeiten, Ferienzeiten eingerechnet und dann

noch die Sicherheit, die Betreuung durch internes Personal ist nicht möglich. Also eine schlechte Idee. Und ich bin eigentlich erstaunt, dass in dieser Partei, die diesen Vorschlag ausgearbeitet hat, ja ein ausgewiesener guter Schulhausabwart dabei ist. Ich finde es sehr kreativ, dass man überhaupt auf diese Idee gekommen ist, obwohl man genau weiss, dass es gar nicht umsetzbar ist.

Rudolf Daepp, SVP: Ich wurde orientiert, dass bei der Vereinswirtschaft bei der Dreifachturnhalle WCs sind. Ich bin aber nicht so oft dort. Beim Roten Platz hätte es eine und wir haben ja eine sehr gut gebaute, teure Halle, wo ich denke, für diese Millionen Franken, die diese gekostet hat, dass es schon ein wenig weh tut, wenn die Gemeinde da mitbezahlt hat, am Schluss einfach nochmals CHF 140'000 draufgeben muss, damit eine WC-Anlage gebaut werden kann. Ich kann aber wirklich nicht beurteilen, wie das mit den drei Anlagen ist. Ich habe einmal gehört, es besteht eine in der neuen Halle, aber diese wollen unten keine Kieselsteine haben, deshalb seien die Türen beim Abgang geschlossen. Da habe ich schon meine Mühe, aber ich lasse mich da gern korrigieren, wenn diese Anlagen alle untauglich sind, auch die beim neuesten Bau. Aber als Unternehmer muss ich sagen, wenn man CHF 140'000 nachschliessen muss bei einem Bauwerk, das erst gerade fertiggestellt wurde, habe ich schon meine Mühe. Aber ich möchte auch sagen, wenn diese drei WC-Anlagen nicht tauglich sind, wenn ich das als Frage an den zuständigen Roland Morgenegg oder Petr Gubser weitergeben kann, dann könnte ich den Antrag ja zurückziehen. Ich hätte aber von diesen beiden gern noch eine klare Antwort, ob diese drei untauglich sind oder ob diese überhaupt bestehen. Aber ich glaube, nach meinen Recherchen bestehen sie.

Roland Morgenegg, FDP/XMV: Vielleicht habe ich mich nicht klar ausgedrückt. Es ist tatsächlich nicht möglich, ich habe es doch gesagt. Logistisch ist es darum nicht möglich, das Schulhaus ist 40 Wochen offen, sprich drei Monate geschlossen. Wer soll dann die Aufsicht im Schulgebäude machen? Während der Turnstunden, wir haben ja die Übung gemacht, tummeln sich irgendwelche Leute während des Schulbetriebs durch die Katakomben der neuen Sporthalle und niemand weiss, warum du hier bist, warum du bei den Garderoben herumschleichst. Es ist nicht so geplant und es ist auch logisch. In Stachen war das vor 20 Jahren genau dieselbe Frage. Wir könnten das Schulhaus Stachen öffnen und sagen, warum haben wir dort beim Hartplatz ein WC gebaut? Dann geht Kreti und Pleti ins Schulhaus und sucht das WC. Mit gesundem Menschenverstand kann man sich die Antwort wirklich selber geben. Das geht nicht. Ich bitte, diesen Antrag abzulehnen. Ich danke vielmals, wenn Sie das tun.

Parlamentspräsident Riquet Heller: Ich stelle fest, die Diskussion ist erschöpft. Betreffend den Antrag des Stadtrats ist keine Opposition vorhanden, demzufolge gilt der Antrag des Stadtrats betreffend die Schlossmauer als genehmigt.

Abstimmung

Der Antrag von Rudolf Daepp, im Investitionsplan 2019 CHF 150'000 für den Bau der Aus-sen-WC-Anlage auf spätere Jahre zu verschieben, wird mit 6 Ja gegen 20 Nein bei 1 Enthaltung abgelehnt.

6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung

Heinz Gygax, SVP: Für mich sind wir jetzt ein bisschen zu schnell vorwärtsgegangen. Daher möchte ich nochmals zurückkommen. In der Investitionsrechnung ist der Betrag von CHF 161'000 für den Abschluss der Ingenieurarbeiten im Zusammenhang mit dem Projekt „Lebensraum Altstadt“ budgetiert. Angeblich sind diese Leistungen noch nicht alle abgeschlossen bzw. verrechnet, obwohl das Vorhaben an der Urne Schiffbruch erlitten hat. Dies wurde zwar auch von der FGK gefragt, aber uns schien die Antwort ein bisschen knapp. Deshalb frage ich hier noch einmal nach und hoffe auf ein bisschen detailliertere Angaben. Uns würde interessieren, warum man das noch budgetieren muss, obwohl das Ganze abgeschlossen sein sollte, und um was für Ingenieurleistungen es sich handelt, die scheinbar noch ausstehend sind. Kann man da etwas genauer antworten?

Parlamentspräsident Riquet Heller, FDP/XMV: Als Präsident stelle ich fest, dass das formell eigentlich ein Rückkommensantrag ist, aber in Anbetracht dessen, dass es ein bisschen schnell gegangen ist, meine ich, dass wir da nicht den Formellen heraushängen, sondern diese Frage tatsächlich formlos jetzt nochmals diskutieren. Ich gehe davon aus, Sie sind mit dieser unkomplizierten Vorgehensweise einverstanden.

Stadtrat Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Ich melde mich dazu, aber ich kann die Frage nicht weiter beantworten. Im Fragenkatalog der FGK ist diese Frage ebenfalls aufgeführt und da steht: "Die geleisteten Ingenieurleistungen bis zur Urnenabstimmung sowie deren ordentlicher Projektabschluss sind noch nicht abgeschlossen." Mehr Auskunft, tut mir leid, kann ich dir nicht geben.

7 Umweltschutz und Raumordnung

Parlamentspräsident Riquet Heller, FDP/XMV: Wenn keine weiteren Wortmeldungen sind, möchte ich an dieser Stelle den beiden Herren Vonlanthen und Egli bestens danken. Die aktualisierten Budgetzahlen liegen bereits vor.

Abstimmung

Der Antrag des Stadtrats, den Steuerfuss bei 76 % zu belassen, wird einstimmig angenommen.

Das Budget 2019 gemäss Erfolgsrechnung mit einem Ertragsüberschuss von CHF 114'600 wird mit 21 Ja bei 6 Enthaltungen genehmigt.

Die Investitionsrechnung 2019 mit Nettoinvestitionen von CHF 2'206'000 wird mit 21 Ja bei 6 Enthaltungen genehmigt.

Der Finanzplan wird zur Kenntnis genommen.

Parlamentspräsident Riquet Heller, FDP/XMV: Das Budget und der Steuerfuss unterliegen gemäss Art. 7 der Gemeindeordnung obligatorisch der Volksabstimmung und werden den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern am 10. Februar 2019 zusammen mit den örtlichen Wahlen zur Abstimmung unterbreitet. Bei dieser Gelegenheit danke ich Mischa Vonlanthen

und Bernhard Egli für ihre Unterstützung und der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für die geleistete grosse Arbeit. Jedes Jahr fünf volle Sitzungen und sich als Milizler in die vielen Zahlen hineinzuknien und die richtigen Fragen zu stellen – alle Achtung vor dir Lukas Graf und deiner Crew. Puristen möchten mir diesen an sich unnötigen präsidialen Exkurs mit dem Dankeschön verzeihen.

3. Fragerunde

Parlamentspräsident Riquet Heller, FDP/XMV: Gemäss Art. 48 des Geschäftsreglements unseres Parlaments führt das Parlament am Ende der Sitzung jeweils eine Fragerunde durch. Die Fragen werden an der Sitzung mündlich gestellt, der zuständige Stadtrat beantwortet die Frage in der Regel sofort mündlich und kurz. Eine Diskussion findet nicht statt.

Christine Schuhwerk, FDP/XMV: Nach dem Nein zum Lebensraum Altstadt vom 23. September 2018 frage ich mich, wie nun die Gestaltung unserer Altstadtgassen in Zukunft aussieht. In der Zeitung Felix vom 23. November 2018 war zu lesen, dass der Stadtrat zum gegenwärtigen Zeitpunkt von weiteren Aktivitäten für das Projekt absieht und nur die vom Kanton bewilligten Tempo-30-Massnahmen (Anpassungen der Schrägparkierung an der Promenadenstrasse) schnellstmöglich umsetzt. Also wie weiter? Werden die Gassen nach dem bestehenden alten Konzept wie an der Kappellgasse ausgeführt? In diesem alten Konzept wird festgehalten, dass Haus- und Grundeigentümer eingeladen werden, auch eigene Vorschläge zur Gestaltung ihrer Vorplätze einzureichen, ebenfalls die Richtlinien dazu. Eine ca. 4 Meter breite gepflasterte Autospur mit beidseitig optischer Begrenzung. Die Restparzellen zwischen Fahrbahnen und Anstössern sind der Nutzung, Gestaltung und Unterhalt des jeweiligen Grundeigentümers überlassen. Trotz der Fertigstellung der Rathausgasse meine Fragen: Ist die Anpassung der Schrägparkierung an der Promenadenstrasse die einzige Massnahme der Tempo-30-Zone, die umgesetzt wird? Hat das alte Konzept noch seine Gültigkeit? Und welches Konzept wird bei den Gassen, die künftig saniert werden, angewendet?

Stadtrat Peter Gubser, SP-Gewerkschaften-Juso: Jawohl, die Schrägparkierung an der Promenadenstrasse, diese Ummarkierung ist die einzige Massnahme der Tempo-30-Massnahmen, die noch ausstehend sind, die gleich umgesetzt wird. Die übrigen Massnahmen in dieser Tempo-30-Zone werden im Stadtrat zu Beginn des neuen Jahres noch einmal diskutiert. Das alte Konzept, das Christine Schuhwerk hier vorgetragen hat, ist nicht mehr gültig. Das wurde überarbeitet und durch das Projekt "Lebensraum Altstadt" durch eine Betriebs- und Gestaltungsstudie für die gesamte Altstadt abgelöst. Dieses Konzept hat der Stadtrat am 27. Oktober 2014 verabschiedet. Das Projekt "Lebensraum Altstadt" wurde projektiert nach diesen Grundsätzen der neuen Gestaltungsstudie. Das heisst, es gibt ein gleiches Niveau von Hauswand zu Hauswand und die Fahrbahn wird geteert und nicht gepflästert. Als gelegentlicher Rollstuhlschieber muss ich sagen, ich schätze das, wenn die Strasse geteert ist und wenn nicht diese Holpersteine zu bewältigen sind. Wir waren an der Rathausgasse wegen undichter Gasleitungen genötigt, zusammen mit den Werken diese Rathausgasse jetzt zu erneuern. Dort wurde eigentlich diese neue Gestaltung umgesetzt. Dort sieht man, dass dort, wo früher der Trottoirrand war, nur noch ein Wasserstein ist, der die Richtung angibt, und die Vorplätze der Häuser von den Hausbesitzerinnen und Hausbesitzern persönlich gestaltet werden können. Dort wo bereits so „Bsetzisteine“ sind, werden diese wieder eingesetzt. Das sieht man jetzt, wenn man durch die Rathausgasse geht auf der lin-

ken Seite. Dort wo es keine „Bsetzisteine“ hatte, ist auch Teerbelag. Ich hoffe, mit der Beantwortung jetzt alle Fragen beantwortet zu haben.

4. Informationen aus dem Stadtrat

Stadtpräsident Andreas Balg, FDP: Ich habe Ihnen noch eine kurze Information zur nächsten Veranstaltung mitgebracht, und zwar ist dies die Neujahrsbegrüßung vom Sonntag, 6. Januar. Wie gewohnt und bekannt, wird der Saal um 16.30 Uhr geöffnet, 17 Uhr geht's los. Wir haben Arboner des Jahres. Wir haben Prämierung Energiepreis. Wir haben natürlich die Neujahrsansprache des Stadtpräsidenten und ein abwechslungsreiches Programm mit dem Thema oder Motto "Rhythmus".

Parlamentspräsident Riquet Heller, FDP/XMV: Vielen Dank für diese Einladung an alle, die wir sicher fast alle gern annehmen. Wie Ihnen bereits mit der Einladung zur heutigen Sitzung schriftlich mitgeteilt, mache ich Sie nochmals darauf aufmerksam, dass die Parlamentssitzung vom 22. Januar 2019 mangels Traktanden ausfällt. Versäumen Sie den Termin Dienstagabend 22. Januar 2019 hier im Seeparksaal gleichwohl nicht. Die kandidierenden Stadträte werden sich dann vorstellen. Die nächste Parlamentssitzung findet demzufolge am 19. Februar 2019 um 19 Uhr hier in diesem Saal statt. Im Anschluss an die heutige Sitzung sind Sie alle – ich nehme an, auch die Stadträte, Verwaltungsangestellte sowie Besucherinnen und Besucher inbegriffen – herzlich zu einem Chlausapero hier im Foyer des Seeparksaals eingeladen. Es hat, bis die entsprechende Budgetposition aufgebraucht ist. Das Schlusswort des Parlamentspräsidenten hat ebenso sec wie das Eröffnungswerk auszufallen. Die Sitzung ist geschlossen. Punkt. Weihnachts- und Neujahrswünsche haben als Sentimentalitäten in einer Parlamentssitzung nichts zu suchen und sind bitte im Nachgang der Sitzung ausseramtlich zu erstatten. Vielen Dank.

Ende der Sitzung um 22.35 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Der Parlamentspräsident:

Die Parlamentssekretärin:

Riquet Heller

Nadja Holenstein